

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

DIE WAHLEN IN USBEKISTAN

■ ANALYSE

Wahlen ohne Wahl

Usbekistans »demokratische« Verwirrungen am Ende des Krisenjahres 2009
Von Murat Sultanow 2

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Ergebnisse der Wahlen in Usbekistan 6

BIP und Inflation: Vergleich Usbekistan und Kasachstan 7

Freedom in the World Rankings für die zentralasiatischen Länder für das Jahr 2010 8

■ DOKUMENTATION

Zwischen verhaltener Euphorie und totaler Desillusionierung
Stimmen zu den Parlamentswahlen in Usbekistan 9

■ CHRONIK

Vom 12. Dezember 2009 bis zum 22. Januar 2010 15

*Die Zentralasien-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa

gtz



**Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen**

DGO

**Deutsche Gesellschaft für
Osteuropakunde e.V.**

Analyse

Wahlen ohne Wahl

Usbekistans »demokratische« Verwirrungen am Ende des Krisenjahres 2009

Von Murat Sultanow

Zusammenfassung

Ende 2009 haben in Usbekistan Parlamentswahlen stattgefunden, denen die Bevölkerung, allen Bemühungen der Regierung um ihre Mobilisierung zum Trotz, mit Passivität begegnete. Dies ist nach Meinung des Autors darauf zurückzuführen, dass die Bürger genau wissen, dass nicht ihre Wahlentscheidung über die Zukunft des Landes entscheidet, sondern allein der Präsident. Auch die globale Krise hat daran nichts geändert, denn die Bevölkerung hat sich über Jahrzehnte an ökonomische Probleme gewöhnt. Langfristig ist die Kombination von politischer Repression, Passivität und Krise jedoch gefährlich für die Stabilität des Landes.

In Usbekistan, dem der Bevölkerungszahl nach größten Staat Zentralasiens, fanden am 27. Dezember 2009 wieder Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung Olij Madschlis (Parlament Usbekistans) statt. Am 10. Januar dieses Jahres wurden in jenen Wahlkreisen, in denen zuvor kein Sieger feststand, Stichwahlen abgehalten. Damit waren die Abstimmungen formal jedoch noch nicht beendet. Vom 18. bis 23. Januar 2010 fanden Wahlen zum Senat (obere Kammer) der Olij Masdchilis aus den Abgeordneten der lokalen Vertreterkörperschaften statt. Daneben werden 16 der 100 Senatoren direkt von Präsident Karimow aus »der Gruppe der angesehensten Bürger mit großer praktischer Erfahrung und Verdiensten in unterschiedlichen Bereichen staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit« bestimmt.

Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission des Landes nahmen an der Stimmabgabe ungefähr 15,1 Mio. Bürger teil, das entspricht 87,8 % aller Wahlberechtigten. Die riesige Zahl ausgefüllter Wahlzettel scheint auf den ersten Blick von einer hohen Aktivität der Bürger Usbekistans bei der Teilnahme an Abstimmungen und Referenden zu zeugen. Dies wiederum scheint ein Zeichen für deren ausgeprägtes rechtliches und soziales Bewusstsein zu sein. Tatsächlich ist die traditionell hohe Wahlbeteiligung seit der Unabhängigkeit im Gegenteil eher bedingt durch rechtliche Unwissenheit und fehlendes individuelles Denken. Bis heute versteht kaum einer der Wähler, was demokratische Wahlen sind. Im Grunde genommen treffen Millionen von Stimmberechtigten ihre Wahl zwischen identischen Standpunkten. Und nur Einzelne begreifen, dass ihnen realistisch gesehen das Recht fehlt, Kandidaten ins Parlament zu wählen, deren Meinungen von der jetzigen Politik der Regierung abweichen.

Keine Spur von Pluralismus

In den letzten Jahren hat die Führung nicht eine einzige Oppositionspartei registriert (zu diesen kann man heute

in Usbekistan die Parteien »Erk«, »Birlik«, die Partei der freien Bauern »Ozod Dechkonlar« sowie die Partei der Landwirte und Unternehmer zählen). Wegen des politischen Drucks der Führung und der Verfolgung durch die Sicherheitsorgane sind diese Parteien in den Untergrund gegangen. Der überwiegende Teil der Gegner des Regimes von Präsident Karimow lebt im Ausland. Vor den Wahlen haben sie versucht, auf sich aufmerksam zu machen. Im Juni 2009 erklärten die Führer der Demokratischen Partei »Erk« und der Organisation »Andischan – Gerechtigkeit und Auferstehung« in Schweden die Gründung des »Bündnisses 13. Mai«. Im November 2009 wurde – ebenfalls in Schweden – die Bewegung »Gegen Karimow« gebildet. Doch die Opposition im Exil verfügt über keine Mechanismen, um Einfluss auf die soziale und politische Lage im Land zu nehmen. Darum sind all ihre Aktionen und Initiativen ineffizient. Der Staat kontrolliert die Presse vollständig und auch das Internet unterliegt der Zensur, missliebige Webseiten werden blockiert.

Alle vier politischen Parteien, die bei den Wahlen gegen einander antraten, unterstützen die Regierung und den Staatspräsidenten Islam Karimow, der das Land seit nunmehr 20 Jahren ununterbrochen mit harter Hand führt. Doch im Vergleich zu früheren Parlamentswahlen (1994, 1999 und, nach Einführung des Zwei-Kammer-Parlamentes, 2004) gab es dieses Mal als auffällige Besonderheit zwischen den wichtigsten Parteien eine imitierte, intensive Diskussion über ihre Wahlprogramme und einen sichtbareren Wahlkampf. »Wahlen sind freie Abstimmungen mit dem tiefen Verständnis unserer Rechte. Indem wir uns an Wahlen beteiligen, nehmen wir nicht nur unser durch die Verfassung garantiertes Recht wahr, sondern wir begreifen auch unsere Verantwortung für das Schicksal der Heimat«, sagte Karimow während eines Besuchs in einem Wahllokal.

Der Mehrheit der Bevölkerung des Landes hat sich seit der Unabhängigkeit weder die Zahl, noch Namen

und Bedeutung von politischen Parteien für ihr Leben erschlossen. Und auch bei den Parlamentswahlen 2009 wurde all dies von den Bürgern ignoriert, da sie verstehen, dass ohnehin der Präsident entscheidet. Dennoch nahm das Volk den Versuch der Führung mit Ironie auf, etwas nicht Vorhandenes als existent darzustellen, nämlich eine durch Massenmedien, Wahlplakate und Spruchbänder erreichte Sachkenntnis der Bürger. Obwohl man alle registrierten Parteien als identisch betrachten kann, haben einige von ihnen im Vorfeld der Wahlen unterschiedliche Initiativen zur Reformierung des wirtschaftlichen und teilweise auch des politischen Systems des Landes gestartet. Die sozialdemokratische Partei »Adolat« etwa hat sich für eine Umbildung der Judikative, für die Stärkung bestehender Formen und Methoden zur Schaffung wirklich unabhängiger Gerichte, für die Verbesserung der Effektivität des Rechtsschutzes und der Freiheiten der Bürger ausgesprochen. Die Volksdemokratische Partei Usbekistans wird sich für die Erhöhung der Beschäftigung der erwerbsfähigen Bevölkerung einsetzen. Und die Sozialdemokraten treten für die Schaffung einer innovativen Ökonomie ein. Diese Anstrengungen der Parteien, auf sich aufmerksam zu machen, wurden allerdings kaum wahrgenommen. Denn die Bürger glauben, dass alle Parteien Usbekistans den Willen des Präsidenten erfüllen. Die Bevölkerung des Landes kennt die Politiker und Parteiführer Russlands und der Europäischen Union besser als die eigenen.

Neues und Altbewährtes im Wahlkampf

Der jetzige Wahlkampf in Usbekistan hatte jedoch auch andere Besonderheiten. Zunächst erhöhte sich die Repräsentanz politischer Parteien im Parlament von 120 auf 135 (insgesamt 150 Abgeordnete). Zudem wurden diese 135 Abgeordneten auf Mehrparteienbasis gewählt, wobei als gewählt galt, wer mehr als 50 % der gültigen Wählerstimmen eines Wahlbezirkes auf sich vereinen konnte. Außerdem wurde die Aufstellung von Kandidaten durch Initiativgruppen von Wählern abgeschafft, das heißt, dass nur den registrierten Parteien dieses Recht zustand. Drittens erhielt die »Ökologische Bewegung Usbekistans« – unabhängig vom Wahlergebnis – 15 Abgeordnetenmandate. Dies beruht auf »der großen Bedeutung von Fragen des Umweltschutzes, des Kampfes für die Verbesserung der ökologischen Situation und der Gesundheit der Bevölkerung, von Problemen also, an deren Lösung alle Schichten der Bevölkerung – unabhängig von ihrer politischen Orientierung – interessiert sind«, wie der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Mirsa-Ulugbek Abdusalomow, in einem Briefing zu den Ergebnissen der Wahl hervorhob.

Die Führung hat sich auf die Wahlen sorgfältig vorbereitet und dabei ihre ohnehin schon wichtige Rolle in den politischen Parteien weiter ausgebaut. Rechtliche Neuerungen im Jahr 2009 betrafen die Annahme eines Gesetzes »Über die Stärkung der Rolle der politischen Parteien in der Erneuerung und weiteren Demokratisierung der staatlichen Verwaltung und Modernisierung des Landes« und die Verabschiedung von Änderungen einiger Gesetze zum Zwecke der Vervollkommnung der Wahlgesetzgebung.

Was jedoch die Reaktionen des Westens auf die usbekischen Wahlen angeht, so scheint es, dass die dortigen Politiker keinerlei wirkliche Änderungen mehr für die kommenden Jahre der Herrschaft Karimows erwarten. Die OSZE hat im November vergangenen Jahres nur eine sehr kleine Delegation nach Usbekistan geschickt. »Die Wahlen werden eine Fiktion sein«, sagte Maisy Weicherding, Zentralasien-Expertin bei Amnesty International. Nachdem die westlichen Staaten die Sanktionen, die sie nach der Niederschlagung der Aufstandes in Andischan 2005 verhängt hatten, nicht zuletzt auch aufgrund der Erdgaspolitik Taschkents und Moskaus etwas gelockert hatten, fand sich in westlichen Massenmedien kaum deutliche Kritik an den Wahlen. In den letzten Jahren hat es sich eingebürgert, dass Beobachter des Exekutivkomitees der GUS, von der SCO und der Organisation der Islamischen Konferenz »erfolgreich« die Rolle der OSZE bei Wahlen im GUS-Raum übernehmen. Sie bewerten die Wahlen in Usbekistan dann als erfolgreich und gerecht.

Vor den Wahlen hat die Regierung wie immer den Druck auf die Massen erhöht, ein seit Jahren erprobtes Mittel. In Zeiten der schwersten weltweiten Wirtschaftskrise werden in Usbekistan ökonomische Probleme nicht nur verschwiegen, sie werden auch im falschen Licht dargestellt, um so den einfachen Bürger irre zu führen. Die Auszahlung bereits seit drei bis vier Monaten überfälliger Gehälter, Renten und Unterstützungszahlungen wurde vorsätzlich bis Anfang Dezember zurückgehalten. Dem einfachen Bürger blieb auch die erhöhte Aufmerksamkeit von Seiten des Staates gegenüber der zahlenmäßig starken ländlichen Bevölkerung in Erinnerung, die den Hauptteil des angesprochenen Wahlvolks bildet. Der Präsidentenbeschluss »Über zusätzliche Maßnahmen zur Ausweitung des Wohnungsbaus im ländlichen Raum« vom 3. August 2009 sah den Bau von Wohnraum für die Landbevölkerung und die Aufwertung des ländlichen Raumes vor. Die darin vorgesehen Mittel erscheinen jedoch angesichts der riesigen Ausmaße ländlicher Gebiete in Usbekistan als vollkommen unzureichend. So werden beispielsweise die nach offiziellen Angaben von

der »Kischlok Kurylysch Banka« (Bank für ländlichen Wohnungsbau – Anm. d. Übersetzers) im Jahr 2010 für den privaten Wohnungsbau im ländlichen Raum bereitgestellten zinsgünstigen Kredite einen Umfang von 256 Mrd. Sum (ca. 169 Mio. US-Dollar) haben. Der tatsächliche Bedarf an Wohninfrastruktur muss hingegen in Milliarden US-Dollar beziffert werden. Im Austausch für solche Almosen nutzte der Staat das zahlenmäßige Potential der Landbevölkerung bei der Abstimmung voll aus. Mit den traditionellen Mitteln Zwang und Einschüchterung verpflichteten die lokalen Eliten die auf den Baumwollplantagen beschäftigten Landbewohner zudem zur Teilnahme an der Abstimmung, was eine hohe Wahlbeteiligung sicherstellte.

Ein anderer Schritt des Präsidenten im Wahlkampf, das Dekret »Über die Erhöhung der Gehälter, Renten, Stipendien und Sozialleistungen« vom 16. November 2009 führte nur zu einer weiteren Steigerung der Inflation und der Verteuerung des US-Dollars auf dem Devisen-Schwarzmarkt. In der zweiten Jahreshälfte 2009 stiegen die Verbraucherpreise um 12 % an. Die Inflation zog bei der erwerbstätigen Bevölkerung ein weiteres Anwachsen der Arbeitsmigration nach Russland und Kasachstan nach sich. So waren beispielsweise nach der Anhebung der vertraglichen Studiengebühren an den staatlichen Bildungseinrichtungen von 1,6 Mio. Sum (ca. 1.000 US-Dollar) auf 10 Mio. Sum (ca. 6.600 US-Dollar) ungefähren Schätzungen zufolge ca. 10 % der Studierenden gezwungen, die Universitäten zu verlassen und nach Arbeit zu suchen. Doch Arbeitsplätze werden nicht geschaffen und die Jugendlichen müssen ihr Glück im Ausland suchen.

Keine Resistenz gegen die Krise

Dennoch war eines der wichtigsten Argumente Karimows während des Wahlkampfes, dass der von Usbekistan eingeschlagene Weg der einzig wahre und realistische sowie obendrein evolutionäre und etappenweise zur Reform führende sei. Dies habe das gute Resultat in der Zeit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt, die auf eine Vielzahl von Nachbarländern schwere Auswirkungen gehabt habe. Das letzte Buch Karimows, »Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise – Wege und Maßnahmen zu ihrer Überwindung unter den Bedingungen Usbekistans«, bekräftigt hartnäckig, dass die Krise Usbekistan nicht berührt hätte. In dieser Hinsicht muss man hervorheben, dass usbekische Forscher in letzter Zeit ihre Bemühungen zur Schaffung neuer Errungenschaften in den angewandten Wissenschaften verstärkt haben, die in der Landwirtschaft, der Nutzung von Energie, der Förderung von Energie-

ressourcen usw. genutzt werden können. Die Regierung bekräftigt immer wieder, dass Usbekistan als einziger Staat Zentralasiens dazu in der Lage sei, eine diversifizierte, exportorientierte Wirtschaft aufzubauen. In der Tat ist das Potential des Landes enorm, jedoch nur unter der Bedingung eines Wechsels hin zu einem liberaleren Regime. Die private Initiative bleibt unterdrückt, von irgendeinem Impuls für das Wirtschaftswachstum kann keine Rede sein. Die für 2009 erwartete leichte Belebung bei den Unternehmen ist ausgeblieben. Auch der Optimismus potentieller Investoren ist, trotz des Interesses der usbekischen Regierung, Kapital und Technologien anzulocken, geschwunden.

Aufgrund ihrer relativen Isolation von den globalen Kapitalmärkten und dem geringen Entwicklungsstand ihres Finanzsystems ist die usbekische Wirtschaft stabil gegenüber äußeren Erschütterungen geblieben. Doch der Staat hat davon nur teilweise profitiert. Usbekistan ist eine Rohstoffökonomie. Deshalb war praktisch vorprogrammiert, dass es unter dem Fall der Weltmarktpreise für jene Rohstoffe, die in Usbekistan produziert werden – Baumwolle, Erdgas usw. – leiden musste. Lediglich die Geschäfte im Erdgassektor und zum Teil im Maschinenbau laufen gut. KMUs zahlten im Jahresmittel für 2009 trotz der Einführung eines neuen Steuerkodex und der alljährlichen Senkung einzelner Steuerpositionen Schätzungen zufolge pro 100 Sum erwirtschafteten Reingewinns 170 Sum Steuern. Die Krise hat die Bedingungen für die Privatwirtschaft, deren Entwicklung nach wie vor durch unzählige bürokratische Hürden behindert ist, verschlechtert. In einer Phase sinkender Produktion wurde die Korruption in staatlichen Kontrollorganen zu einem schwer lösbaren Problem.

Getrieben von der Krise, hohen Steuern, der übermäßigen Kontrolle von Finanzoperationen und ausufernden Importtarifen geht das bestehende Unternehmertum zunehmend zur Schattenwirtschaft über. Die künstlichen Schwierigkeiten der Konvertierung von im Land erwirtschafteter Sum in ausländische Währungen fördert die Entwicklung des Schwarzmarktes, denn die Geschäftsleute sind gezwungen, ihre Gewinne unter Umgehung des Bankensystems schnell, aber risikoreich und zu einem schlechteren Kurs umzutauschen. Schon seit langer Zeit kündigt die Führung die Konvertierbarkeit des Sum an, doch gleichzeitig haben ausländische Unternehmen riesige Probleme mit der Konvertierung ihres Kapitals. Doch Probleme gibt es nicht bei allen Firmen. Nicht betroffen sind vor allem Unternehmen aus den strategischen Partnerstaaten Südkorea, Japan und Deutschland.

Tatsächlich ist das Ignorieren der Krise Alltag. Man hat sich jahrzehntelang daran gewöhnt, sie nicht wahr-

zunehmen. Daher spüren die Bürger Usbekistans – im Unterschied zu denen im benachbarten Kasachstan – keine wesentliche Veränderung ihrer Lage. Sie haben sich mit dem ständigen Gefühl von Krise und Überleben arrangiert.

Mit- und Gegenspieler der Macht

Die Bevölkerung Usbekistans spielt seit langem nur eine formale Rolle im politischen Leben des Landes, man erinnert sich nur an sie, wenn Wahlen anstehen. Die enge Umgebung des Präsidenten stellt ein wesentlich größeres Problem dar. Das Staatsoberhaupt demonstriert von Zeit zu Zeit seine Macht, um die ihn umgebenden Kreise in einem Zustand ständiger Anspannung und Angst zu halten. Zu diesem Zweck führt Karimow punktuelle Säuberungen des bürokratischen Apparats durch, sowohl durch Versetzungen als auch durch Verhaftungen. So wurde im Jahr 2009 der Verwaltungschef des Gebiets Samarkand, Asamchon Bachromow, zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Dies aufgrund von in solchen Fällen schon traditionellen Beschuldigungen wie: Annahme von Schmiergeldern, Veruntreuung von Haushaltsmitteln in einem besonders schweren Fall (28 Mio. US-Dollar), Gründung einer kriminellen Vereinigung usw.. Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Im Sommer und Herbst diesen Jahres wurden vom Präsidenten weitere Umbesetzungen vorgenommen. Durch die Reorganisation des Ministerkabinetts gibt es nun statt sieben nur noch sechs stellvertretende Premierminister.

Der Kreis um den Präsidenten wird immer enger und ihm bleibt nichts anderes, als nur seinen Verwandten zu trauen. Im Land redet man hinter vorgehaltener Hand von den neuen Geschäften der glamourösen Töchter des Präsidenten. In Taschkent erfolgt eine massive Aufwertung der Bausubstanz – alte Häuser werden zugunsten moderner Bauten abgerissen und immer öfter fällt im Zusammenhang mit den Baustellen der Name von Gulnara Karimowa, der ältesten Tochter des Präsidenten.

Usbekistan hat die Ergebnisse der Wahlen schnell bekanntgeben und sie waren keine Überraschung. Das retuschierte politische Leben des Landes wird wieder in ruhige Bahnen gelenkt werden. Da alle säkularen Kri-

tiker des Regimes außer Landes getrieben wurden, bleiben unter der Retusche nur jene zurück, die vielleicht die einzige ernste Opposition für das Karimow-Regime darstellen – religiöse Extremisten und terroristische Organisationen, in erste Linie die IMU und Hisb ut-Tahrir. Im Mai 2009 machte die IMU von sich reden, als sie auf das Hauptquartier der lokalen Polizei und einen Grenzposten an der kirgisischen Grenze Anschläge verübte. Im Herbst wurden im Gebiet Syrdarja mehr als 30 junge Männer festgenommen, die beschuldigt werden, der religiösen Bewegung des Wahhabismus anzugehören. Die Führung hat zudem ernste Maßnahmen zur Verschärfung der Kontrolle der Banken über Finanzoperationen ergriffen, um der Legalisierung illegalen Vermögens und der Finanzierung des Terrorismus entgegen zu wirken. Dieser Schritt erlaubt es den usbekischen Geheimdiensten, sämtliche Bankkonten, Finanzoperationen, Kauf-Verkauf-Operationen usw. aller Bürger des Landes zu überprüfen.

Fazit

Im Ganzen genommen zeigen die Ergebnisse der Wahlen, dass das politische System Usbekistans eingefroren bleibt und die Führung keinerlei Interesse daran hat, es zu modernisieren. Das Land bleibt geschlossen und der Staat kontrolliert alle Abweichungen von dem, was er selbst als Norm betrachtet. Die Bevölkerung bleibt dem gegenüber, was vor ihrer Nase passiert, apathisch und betrachtet formale politische Prozesse wie beispielsweise diese Wahlen als Dekoration, die niemandem nutzt. Es ist offensichtlich, dass dies dem Regime Karimow irgendwann gefährlich werden kann. Er beraubt seine eigene Bevölkerung des politischen Betätigungsfeldes und jagt sie in die Arme extremistischer Strömungen. Die usbekische Bevölkerung steht vor einer schwierigeren Entscheidung, als dem Ankreuzen eines unbekanntens Namens auf dem Wahlzettel. Denn es gilt schon heute zu wählen, ob das Land zur führenden liberalen Ökonomie der Region, zum Spiegelbild der orientalischen Despotie oder einem der Teil der radikalen Welt wird.

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Über den Autor:

Murat Sultanow ist ein der Redaktion bekannter usbekischer Journalist, der zu seinem Schutz unter einem Pseudonym publiziert.

Lesetipps:

- Bruce Pannier, Uzbek Elections Mean Little, But More Entertaining This Time, 27.12.2009, = http://www.rferl.org/content/Uzbek_Elections_Mean_Little_But_More_Entertaining_This_Time/1914402.html
- Laurie Rich, Uzbekistan: International Institutions skeptical on Uzbek economy, 12/21/09, = <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav122109.shtml>
- Opposition Won't Feature in »Pluralist« Polls, 17.12.2009, = http://www.iwpr.net/?p=buz&s=b&o=358587&apc_state=henbbuzdate20091217

Tabellen und Grafiken zum Text

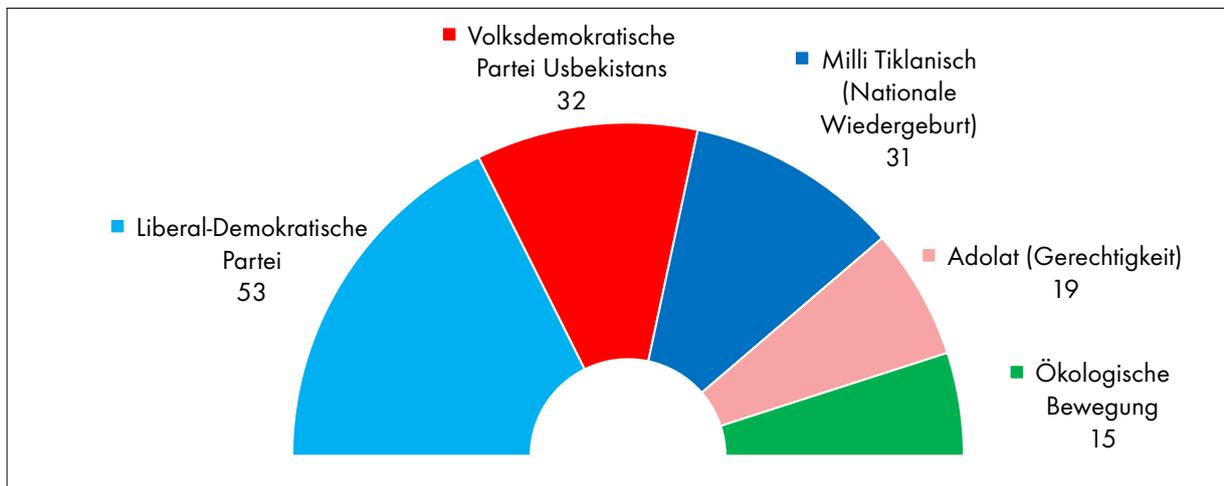
Ergebnisse der Wahlen in Usbekistan

Wahlbeteiligung

	1. Wahlgang, 27. Dezember 2009	2. Wahlgang, 10. Januar 2010
Anzahl der Wahlkreise, in denen gewählt wurde	135	39
Anzahl der wahlberechtigten Bürger	17.215.700	4.969.547
Wahlbeteiligung	87,8 %	79,7 %

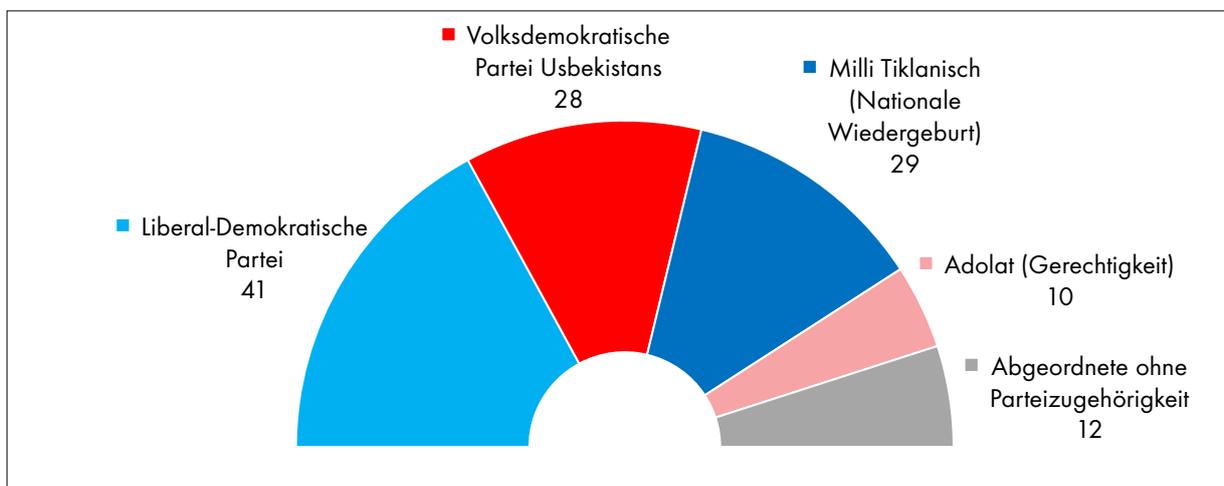
Quelle: 1. Wahlgang: <http://uza.uz/de/politics/550/> 4.1.2010; 2. Wahlgang: <http://uza.uz/ru/politics/9055/> 12.1.2010

Sitzverteilung in der neuen Olij Madschlis (150 Sitze)



Quelle: <http://uza.uz/ru/politics/9055/> 12.1.2010

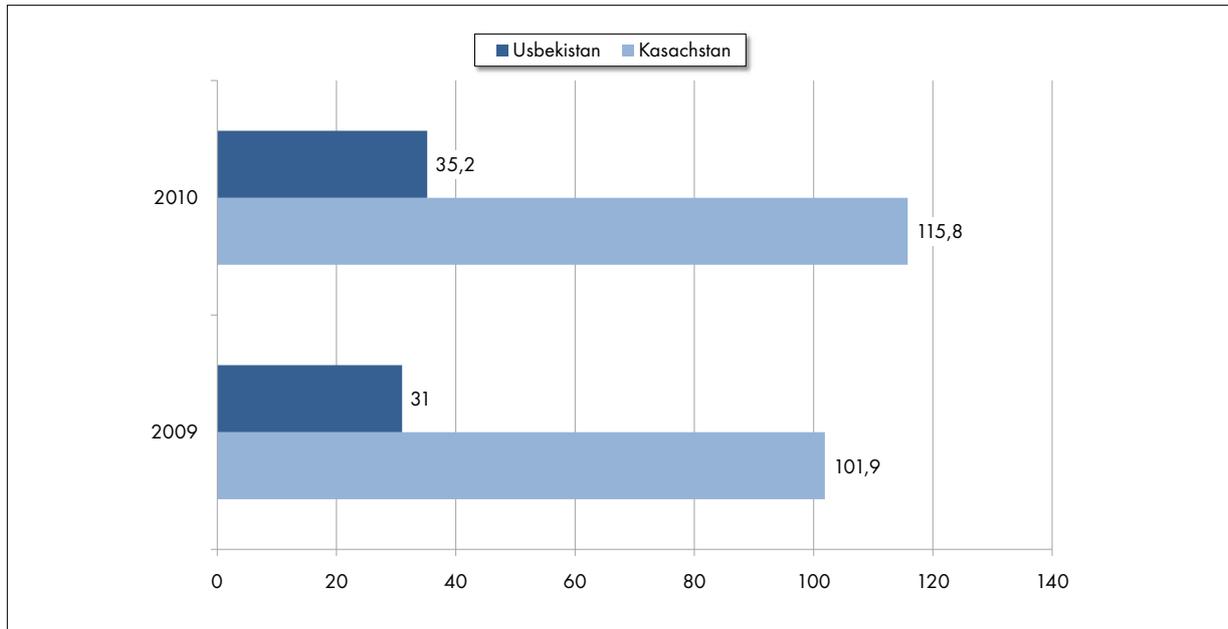
Sitzverteilung in der alten Olij Madschlis (2005–2010, 120 Sitze)



Quelle: http://www.osce.org/documents/odihr/2009/11/41230_en.pdf

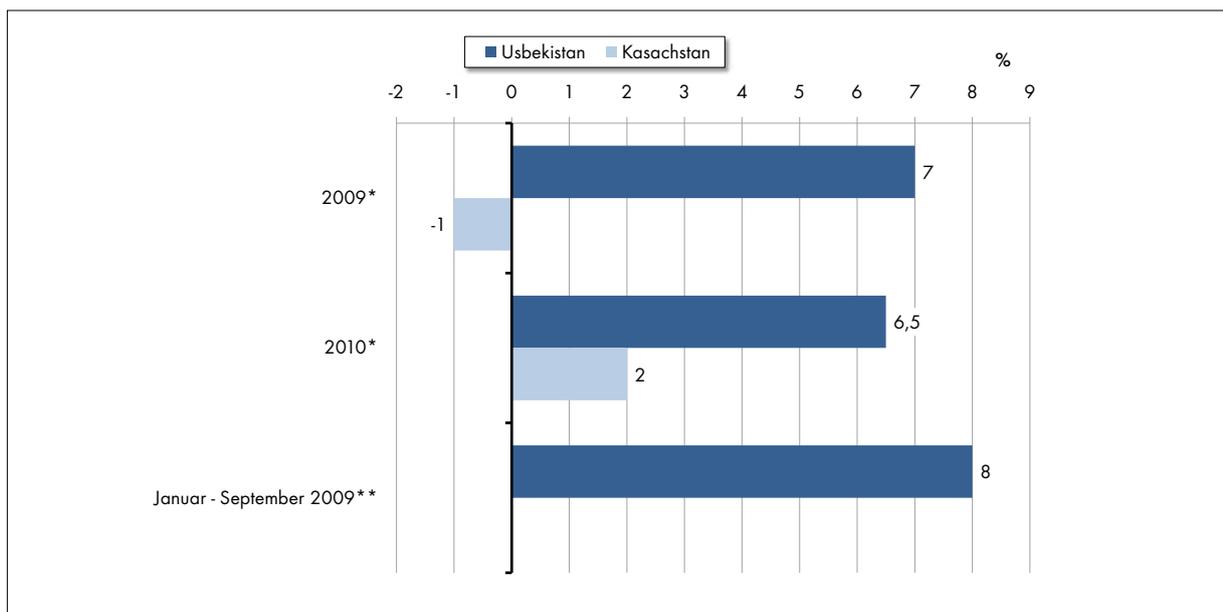
BIP und Inflation: Vergleich Usbekistan und Kasachstan

Nominales BIP 2009 und 2010 (in Mrd. US-Dollar)



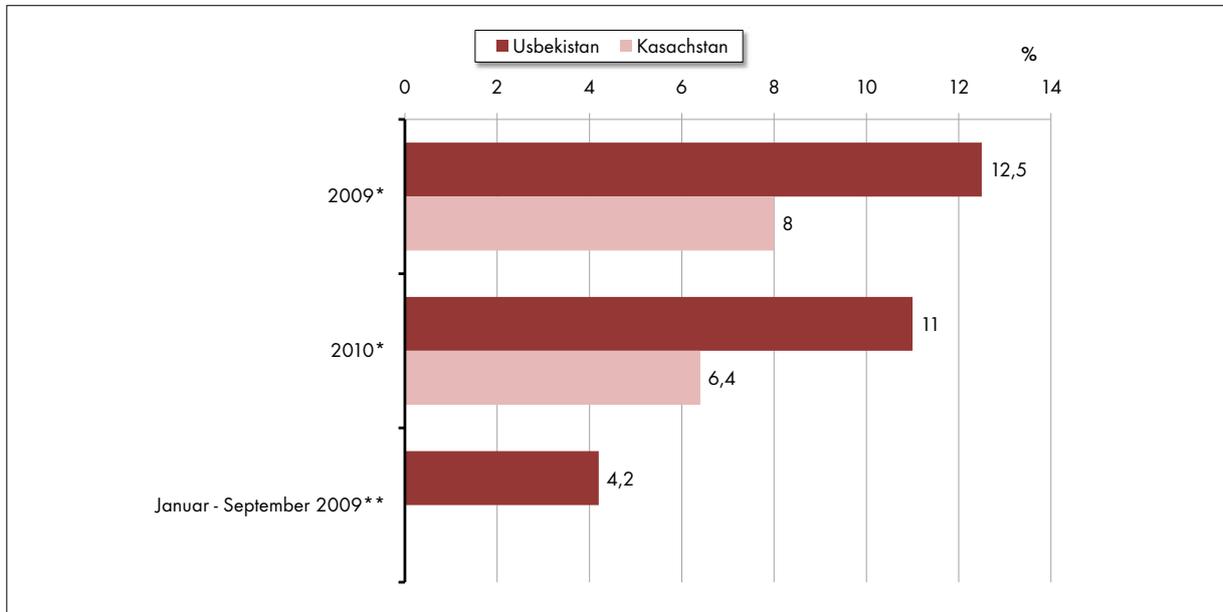
Quelle: IMF Regional Economic Outlook - Middle East and Central Asia (Prognose für 2009 bzw. 2010), www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2009/MCD/eng/mreo0509.htm

BIP-Wachstum 2009 und 2010 (in %)



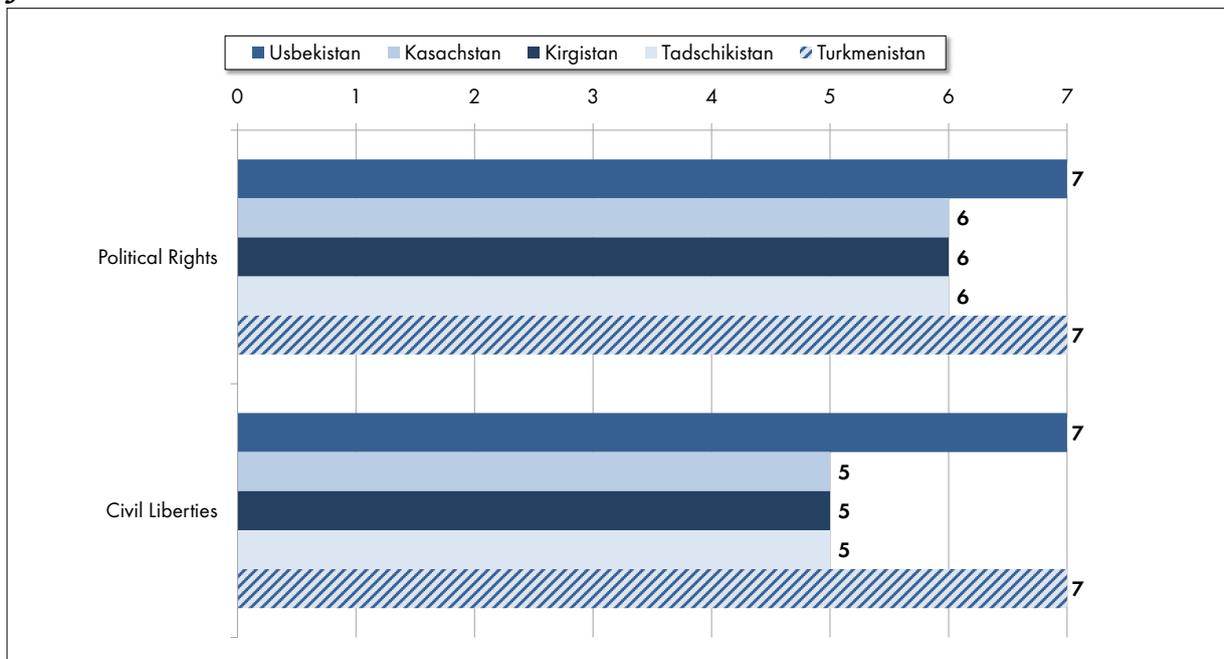
Quellen: * ABD Asian Development Outlook 2009 Update (Daten für 2009 bzw. Prognose für 2010), www.adb.org/Documents/Books/ADO/2009/Update/default.asp; ** State Committee on Statistics of Uzbekistan (Änderung gegenüber Vorjahreszeitraum), www.stat.uz/STAT/INDEX.PHP

Inflation 2009 und 2010 (in %)



Quellen: * ABD Asian Development Outlook 2009 Update (Daten für 2009 bzw. Prognose für 2010), www.adb.org/Documents/Books/ADO/2009/Update/default.asp; ** State Comitee on Statistics of Uzbekistan (Änderung gegenüber Vorjahreszeitraum), www.stat.uz/STAT/INDEX.PHP

Freedom in the World Rankings für die zentralasiatischen Länder für das Jahr 2010



Die Freedom-House-Skala reicht von 1 = most free bis 7 = least free; der Freedom Status für alle fünf Länder ist »not free«.
Quelle: Freedom House Freedom in the World 2010 Ranking, www.freedomhouse.org/template.cfm?page=505

Dokumentation**Zwischen verhaltener Euphorie und totaler Desillusionierung****Stimmen zu den Parlamentswahlen in Usbekistan**

Die Parlamentswahlen in Usbekistan im Dezember 2009, bzw. Januar 2010, haben in unseren Medien nahezu keinen Niederschlag gefunden. Selbst auf Zentralasien spezialisierten westlichen Websites waren sie nur wenige kurze Kommentare wert. Zu klar war von vornherein das Ergebnis einer Wahl, an der nur Pro-Regierungsparteien teilnehmen konnten. Die OSZE/ODIHR hatte schon im Oktober 2009 wie bei vorangegangenen Wahlen in Usbekistan die Vorbedingungen für freie und gleiche Wahlen nicht gegeben gesehen: die Wähler hätten keine echte Auswahl und Oppositionskandidaten wegen der strengen Medienkontrolle und Nichtregistrierung von kritischen Parteien keine Möglichkeit ihre Position bekannt zu machen, bzw. an der Wahl teil zu nehmen. ODIHR hat die Wahl daher auch nicht mit einer vollen Mission beobachtet.

Die Auswahl der folgenden Stellungnahmen zu dieser Wahl – eine offizielle usbekische Darstellung, Artikel von einer kritischen russischsprachigen Website und aus einer kasachstanischen Zeitung sowie Auszüge aus der Erklärung der GUS-Wahlbeobachter – soll einen Eindruck von der Bandbreite der öffentlichen Bewertung der Wahl vermitteln. Auch der Haupttext dieser Ausgabe kann unter diesem Aspekt gelesen werden, doch bietet er vor allem einen großen Rahmen zur Einordnung der Wahlen. Deshalb seien hier nur ganz kurz die wichtigsten Fakten noch einmal zusammengefasst:

Die am 27.12.2009 abgehaltenen Wahlen für das Unterhaus des Parlamentes (Gesetzgebende Versammlung/Olij Madschlis) fanden turnusmäßig statt (Legislaturperiode 5 Jahre) und waren die vierten seit der Unabhängigkeit 1991. Aufgrund einer Änderung des Wahlrechts im Dezember 2008 wurden erstmals 150 Abgeordnete ins Unterhaus gewählt (bisher 120). 15 Sitze davon teilt das geänderte Wahlgesetz außerhalb der allgemeinen Wahl der im August 2008 gegründeten und bereits im Folgemonat offiziell registrierten Ökologischen Bewegung Usbekistans zu.

Es kandidierten die vier auch im bisherigen Parlament vertretenen Pro-Regierungsparteien mit insgesamt mehr als 500 Kandidaten. Regierungskritische Parteien (Erk, Birlik, Ozod Dechkonlar, Birdamlik-Bewegung) sind in Usbekistan nicht registriert und deshalb von Wahlen ausgeschlossen. Aufgrund des staatlichen Druckes können sie außerdem nur noch im Ausland tätig sein und erreichen so die Masse der Bevölkerung nicht. Eine von Parteien unabhängige Nominierung von Kandidaten war nach den Gesetzesänderungen 2008 mit der offiziellen Begründung, dass man das Parlament von kriminellen Elementen frei halten wolle, erstmals nicht möglich.

Auch kritische Beobachter berichteten, dass es zwar keinen Wahlkampf im westlichen Sinne gegeben habe, unmittelbar vor der Wahl hätten die Parteien aber erstmals begonnen, sich öffentlich voneinander abzugrenzen und inhaltlich zu kritisieren. Kritik an herrschenden Zuständen und der Politik der Regierung wurde aber selbstverständlich nicht geübt.

Bezüglich der Gültigkeit der Wahlen bestand im ersten Wahlgang eine 30 %-Hürde, für den zweiten gab es kein Quorum. Kritische Beobachter im Land äußern Zweifel am regulären Zustandekommen der Wahlbeteiligung von knapp 88 % im ersten Wahlgang. In 39 Wahlkreisen fanden am 10.1.2010 Stichwahlen zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen statt. Die 15 Deputierten der Ökologischen Bewegung Usbekistans (14 Gebiete plus 1 Vertreter der Zentralen Versammlung der Bewegung) wurden am 27.12. von einer zuvor regional gewählten Vertreterversammlung gewählt.

Die 150 neuen Deputierten, davon lediglich 22 % Frauen, aber 70 % Parlamentsneulinge, sind am 22.1.2010 bereits zur konstituierenden Sitzung zusammengetreten.

Die 100 neuen Mitglieder des Senates, des Oberhauses des Parlamentes, wurde zwischen dem 18. und 23.1. von den Regionalparlamenten gewählt. Die Gebiete des Landes, sowie die Republik Karakalpakstan und die Stadt Taschkent stellen jeweils 6 Senatoren. 16 weitere wurden vom Präsidenten aufgrund besonderer Verdienste in Wissenschaft und Kunst direkt ernannt.

Beate Eschment

In Usbekistan haben Parlamentswahlen stattgefunden

Internetportal ferghana.ru, 28.12.2009

<http://www.ferghana.ru/article.php?id=6417>

Am Sonntag, dem 27. Dezember, meldete die Zentrale Wahlkommission Usbekistans (ZWK) bereits am Mittag, dass die Parlamentswahlen in der Republik erfolgreich waren. Seit dem Morgen hatten bei einer Mindestwahlbeteiligung von 33 % nach Angaben der ZWK bereits mehr als 50 % der Wähler ihre Stimme abgegeben. Zuvor hatte der Vorsitzende des ZWK, Mirsa-Ulugbek Abdusalomow, bekannt gegeben, dass 17,2 Mio. Bürger Usbekistans wahlberechtigt waren. Gegen 13 Uhr lokaler Zeit bestätigten auch die lokalen Vertreter der Staatsmacht eine Beteiligung von 57,3 % – 9,88 Mio. Menschen – an den Wahlen zur Olij Madschlis (Parlament).

Die Stimmabgabe fand bis 20 Uhr Taschkenter Zeit statt. Um die Sitze im Parlament kämpften vier politische Parteien, für die 135 Sitze bewarben sich mehr als 500 Kandidaten. Eine spezielle Quote von 15 Sitzen war für die Vertreter der Ökologischen Bewegung Usbekistans vorgesehen.

Die Korrespondenten von »Ferghana.ru« beschlossen, eines der Wahllokale der Hauptstadt zu besuchen und sich persönlich ein Bild vom Zustrom der Wähler zu verschaffen. Auf dem Weg unterhielten sie sich mit Leuten, die sie trafen. Einige Passanten winkten bei der Frage, ob sie für irgendjemanden gestimmt hätten, lediglich ab. Andere antworteten, dass es nutzlos sei, dorthin zu gehen. Sie würden nicht einen der Kandidaten kennen und einfach nicht daran glauben, dass die Wahlen fair sind.

[...]

Einige Wähler sagten, dass sie Politiker aus Russland besser kennen würden, als die eigenen, von denen sie noch nie etwas gehört hätten. So zieht selbst die usbekische Bevölkerung russische Fernsehsender dem grauen und langweiligen heimischen Fernsehen vor, wo eine Sendung der anderen gleicht. Und das zeigte sich bei der Mehrheit der Befragten.

Sie (die Korrespondenten, Anm. des Übers.) trafen aber auch Personen, die bereits gewählt hatten, im Wesentlichen Vertreter der älteren Generation – Rentner. Auf die Frage, für wen sie ihre Stimme abgegeben und ob sie ihre Kandidaten gekannt hätten, antworteten sie unterschiedlich. Einige versuchten auszuweichen. Andere agitierten sogar für den einen oder anderen Kandidaten. Auf die Frage, warum sie gerade diesen gewählt hatten, sagten sie z. B., dass sie ihn als »jungen aussichtsreichen Entscheidungsträger« kennen und dass er für seine Mitarbeiter einiges Gutes getan habe, und sei es, dass der zukünftige »vom Volk Auserwählte versucht, sein Programm maximal umzusetzen.«

[...]

Derweil sind unabhängige internationale Beobachter davon überzeugt, dass die Ergebnisse der gegenwärtigen Wahl vorher festgelegt und gefälscht werden. Es wäre nicht das erste Mal, dass dies im Land praktiziert wird. Alle politischen Parteien in Usbekistan sind von Grund auf regierungstreu, das Parlament wird von der Staatsgewalt streng kontrolliert. Die unabhängigen Beobachter sind der Meinung, dass der Westen die Fälschung der Parlamentswahlen ignoriere, da er auf die Hilfe Taschkents für den Krieg in Afghanistan angewiesen ist.

In Usbekistan gibt es keine offiziell registrierten Oppositionsparteien und verfolgte Regierungskritiker werden von der Staatsmacht in den Untergrund getrieben. Alle vier Parteien, die an den Wahlen teilgenommen haben, unterstützen das gegenwärtige Regime.

Indes behaupten usbekische Massenmedien, dass die »Transparenz und Offenheit der Wahlen durch die Institution der Wahlbeobachter gewährleistet wird. Bei der Zentralen Wahlkommission waren mehr als 270 Beobachter aus 36 Staaten registriert – OSZE/ODIHR, Exekutivkomitee der GUS, SCO und OIC (Organisation der Islamischen Konferenz, Anm. des Übersetzers), die ein Monitoring der Wahlen zur gesetzgebenden Kammer des Parlaments Usbekistan durchführten. Abgesehen davon wurden von den Bezirkswahlkommissionen entsprechende Mandate an mehr als 45.000 Beobachter und bevollmächtigte Vertreter der an den Wahlen teilnehmenden politischen Parteien erteilt«, teilte die größte Nachrichtenagentur des Landes UzA mit.

[...]

Aus dem Russischen von Henryk Alff und Claudia Schlag

Das Volk Usbekistans stimmte für eine Vertiefung der demokratischen Reformen

Nationale Presseagentur Usbekistans UzA, 29.12.2009

<http://uza.uz/ru/politics/8915/>

Von Anna Iwanowa

[...]

Auf einer Pressekonferenz zu den Zwischenergebnissen der Wahlen am 28. Dezember erklärte der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission Usbekistans, M. Abdusalomow, dass die Wahlen zur gesetzgebenden Kammer Olij Madschlis der Republik Usbekistan einen wichtigen Schritt bei der Vertiefung der Reformen zur demokratischen Erneuerung und Modernisierung des Landes darstellten.

Einheimische und auswärtige Medienvertreter sowie ausländische und internationale Wahlbeobachter wurden darüber informiert, dass nach vorläufigen Angaben etwa 15.108.950 Wähler an den Wahlen teilgenommen haben, was 87,8 % der Gesamtzahl der ins Wählerverzeichnis eingetragenen Personen betrug. Somit gilt gemäß Artikel 44 des Gesetzes der Republik Usbekistan »Über die Wahlen zur Olij Madschlis der Republik Usbekistan« die Wahl der Abgeordneten der gesetzgebenden Kammer des Parlaments als gültig.

[...]

Auf der Pressekonferenz wurde angemerkt, dass die Wahlen zur gesetzgebenden Kammer Olij Madschlis der Republik Usbekistan unter Beachtung aller demokratischer Normen und Prinzipien, die in der Verfassung der Republik Usbekistan und den Wahlgesetzen verankert sind, durchgeführt wurden.

[...]

Der nationalen Gesetzgebung entsprechend wurde den politischen Parteien und den von ihnen aufgestellten Kandidaten gleiche Rechte und Möglichkeiten bei der Durchführung des Wahlkampfs, bei Treffen mit Wählern, bei der Vorstellung ihrer Wahlprogramme und bei der Nutzung des Massenmedien im Wahlkampf gewährt.

[...]

Es wurde betont, dass die Wahlen zur gesetzgebenden Kammer Olij Madschlis der Republik Usbekistan auf höchstem organisatorischem und demokratischem Niveau verlaufen sind. Die abgehaltene Wahl dokumentiert anschaulich das wachsende Engagement der Wählerschaft sowie ihre politische und rechtliche Reife.

Am 27. Dezember stimmte unser Volk für die weitere Entwicklung Usbekistans auf dem Weg zur Schaffung eines demokratischen Rechtsstaats und einer starken Zivilgesellschaft sowie für eine Vertiefung der ökonomischen Reformen, deren Ziel die Steigerung des Wohlstands der Bevölkerung und das Aufblühen der Heimat ist.

Aus dem Russischen von Henryk Alff und Claudia Schlag

Die Wahlen haben die Konstellation der Kräfte im Parlament Usbekistans nicht verändert

Zeitung Delowaja Nedelja, Almaty, 4.1.2010

www.dn.kz

Von Nigora Juldaschewa

[...]

Taschkent lehrt den Westen politische Korrektheit

Die Wahlbeteiligung am 27. Dezember war in der Tat ungewöhnlich hoch für usbekische Parlamentswahlen. Der Tag war so heiter wie selten, fast frühlinghaft warm und klar. Und die Wahllokale lagen an vielen Orten ganz in der Nähe von Wohnhäusern, schon fast in den Innenhöfen, nicht wie sonst üblich nur in Schulen und Polikliniken, sondern auch in privaten Einrichtungen, wie Cafes oder Restaurants. Allerdings gab es dieses Mal keinen kostenlosen Plow! Im Gro-

ßen und Ganzen stellten die Beobachter – sowohl die ausländischen wie auch die von den Parlamentsparteien selbst – keine Verstöße fest, weder Werbung am Tag der Wahl noch Korruption oder Nötigung der Wähler. In der Mehrheit der Wahllokale verzichtete man entgegen der üblichen Praxis ganz darauf, am Abend mit Urnen in die Wohnungen der Bürger zu gehen, die während des Tages nicht zur Wahl gekommen waren. Bewegende Worte konnte man von einem alten Mütterchen hören, das auf Krücken zur Wahl gehumpelt kam: »Ich habe noch darauf gewartet, dass die Pioniere kommen. Doch dann konnte ich es nicht erwarten und bin selbst losgegangen, um zu wählen.«

Beileibe nicht alles im usbekischen Parlamentarismus sieht ideal und vollauf glaubwürdig aus. Aber es gibt die Hoffnung auf positive Veränderungen und es kann sogar sein, dass die Pioniere nie wieder kommen werden. Einige Analytiker erlauben sich die Vermutung, dass im »Evolutionmodell« des Aufbaus von Demokratie und Zivilgesellschaft in Usbekistan der Moment kommen könnte, in dem die Exekutive sogar eine Verschiebung von der autoritären Vertikale zu einer eigenen Form der parlamentarischen Präsidentialrepublik fordert. Doch ist es selbstverständlich zu früh, um bereits Prophezeiungen für 2014 auszusprechen. Der Ablauf der vergangenen Parlamentswahlen in Usbekistan wurde von den Vertretern der mehr als 250 Wahlbeobachter, in erster Linie von der GUS, der SCO und der Organisation der Islamischen Konferenz, einstimmig gelobt. Westliche Beobachter merkten für sich selbst allerdings an, dass bei den Wahlen keine Vertreter der eigentlichen Opposition teilnahmen. Laut sprachen sie darüber aber nicht, sondern beließen es bei der Konstatierung der positiven Momente.

Insbesondere das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE beschränkte seine Teilnahme nur auf die Bewertung der allgemeinen Rahmenbedingungen der Durchführung der Wahlen und der rechtlichen Basis des Wahlprozesses. Von einer »systematischen und umfassenden Beobachtung des Wahlablaufs, der Auszählung der Stimmen und der Erfassung der Wahlergebnisse« nahm es Abstand.

Taschkent nähert sich, ohne seine strategische Partnerschaft mit Russland aufzugeben, in aktuellen regionalen Fragen – im Energiebereich und bezüglich der Situation in Afghanistan – wieder an die USA und die EU an. Unter diesen neuen geopolitischen Bedingungen geben westliche Abgesandte Diplomatie und politischer Korrektheit gegenüber kritischen Bemerkungen den Vorrang.

Aus dem Russischen von Henryk Alff und Claudia Schlag

Erklärung der Mission der Beobachter aus der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten über die Ergebnisse der Beobachtung der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen für das Parlament Olij Madschlis der Republik Usbekistan

<http://cis.minsk.by/main.aspx?uid=15352>

Auf Einladung der Zentralen Wahlkommission der Republik Usbekistan (im Folgenden: ZWK) führte eine GUS-Wahlbeobachtermission (im Folgenden: Mission) bestehend aus 84 Personen ein Monitoring der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur gesetzgebenden Kammer Olij Madschlis der Republik Usbekistan am 27. Dezember 2009 durch.

An der Mission nahmen Vertreter der Aserbaidschanischen Republik, der Republik Belarus, der Republik Kasachstan, der Kirgisischen Republik, der Russischen Föderation, der Republik Tadschikistan, Turkmenistans und des Exekutivkomitees der GUS teil.

Organisation des Monitorings und Bedingungen der Beobachtung

[..]

Die Mission beurteilt die im Land getroffenen Vorkehrungen zur Durchführung von freien und demokratischen Wahlen positiv. [...]

Die gesetzliche Basis für die Durchführung von Wahlen zur gesetzgebenden Kammer Olij Madschlis

[..]

Die Mission merkt an, dass die in der Republik geschaffenen rechtlichen Rahmenbedingungen die Durchführung von demokratischen Wahlen ermöglichen.

Tätigkeit der Wahlkommissionen zur Wahlvorbereitung

Die Wahlen zur gesetzgebenden Kammer wurden von der ZWK, 135 Bezirkswahlkommissionen und 8447 Wahlbezirksausschüssen durchgeführt.

[...]

Die Mission hebt die Unabhängigkeit, Kollegialität und Transparenz der Arbeit der Wahlkommission auf allen Ebenen hervor.

Nominierung und Registrierung der Kandidaten

Nach Meinung der Mission erfolgte die Nominierung der Kandidaten den gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechend, in einem Klima von Transparenz und Offenheit.

[...]

Wahlkampagne und Beleuchtung des Wahlkampfes durch die Massenmedien

Nach Meinung der Mission wurden für Kandidaten und politische Parteien gleiche Bedingungen für die Nutzung der Massenmedien für Wahlkampagnen geschaffen, das Recht für Auftritte in den Massenmedien mit Wahlprogrammen war gesichert.

[...]

Jede politische Partei nutzte die kostenlos zur Verfügung gestellte Zeit auf den Radio- und Fernsehkanälen »Usbekiston« und »Joschlar« und auch in den lokalen Massenmedien. Auf den regionalen Radio- und Fernsehkanälen der Nationalen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft wurden täglich nach dem Gleichheitsprinzip Werbefilme der politischen Parteien im Umfang von fünf Minuten ausgestrahlt. Auf dem nationalen Fernsehkanal wurden Auftritte und Debatten der Wahlkandidaten ausgestrahlt.

In ihren Wahlkampagnen benutzten die politischen Parteien die Zeitungen »Chalk Suzi«, »Narodnoje Slowo« und »Prawda Wostoka« sowie ihre eigenen Veröffentlichungen und Webseiten.

Es wurden gleiche Bedingungen für die politischen Parteien zur Nutzung von Mitteln der Außenwerbung geschaffen. In der Republik Karakalpakistan und in den Regionen stand jeder politischen Partei Platz für die Anbringung von Wahlplakaten auf fünf – in der Stadt Taschkent auf zehn – Werbetafeln kostenlos zur Verfügung.

Wahlwerbung wurde von den politischen Parteien und den Kandidaten auch durch Versammlungen und Treffen mit den Wählern durchgeführt, die in einer Atmosphäre der Offenheit und Transparenz, fair und unter Beachtung der nationalen Mentalität und Traditionen stattfanden.

[...]

Die Massenmedien beleuchteten den Verlauf des Wahlkampfes umfassend.

[...]

Auf den Fernseh- und Radiokanälen wurden regelmäßig Informationsfilme über die bevorstehenden Wahlen ausgestrahlt.

In jedem Wahlbezirk und auch an den zentralen Straßen von Ortschaften waren Banner, die über das Datum der Wahlen informierten, sowie Plakate, die zur Stimmabgabe aufriefen, ausgehängt.

[...]

Beobachtung der Stimmabgabe und der Auszählung der Wählerstimmen

Am Tag der Wahl suchten die Vertreter der Mission, die die Beobachtung in der Republik Karakalpakstan, in allen Regionen und in der Stadt Taschkent durchführte, 787 Wahllokale in 98 Wahlbezirken auf.

Die Wahlen verliefen den Normen der Wahlgesetzgebung des Landes entsprechend, in ruhiger Atmosphäre und unter hoher Beteiligung der Bürger.

In den Berichten der Mitglieder der Mission werden einzelne Mängel und Versäumnisse technischen Charakters erwähnt. Allerdings wirkten sich diese Fakten, nach Meinung der GUS-Wahlbeobachter, nicht auf die freie Willensäußerung der Wähler und auf das Abstimmungsergebnis aus.

In den Wahllokalen war die Transparenz der Abläufe – sowohl der Stimmabgabe als auch der Auszählung der Stimmen – gewährleistet.

Die Teilnahme der bevollmächtigten Vertreter der politischen Parteien bei der Stimmauszählung verstärkte die öffentliche Kontrolle der Tätigkeit der Wahlkommissionen.

Im Pressezentrum der ZWK war es möglich, laufende Informationen über den Verlauf der Stimmabgabe zu erhalten. Die Mitglieder der Mission wohnten der Konferenz der Ökologischen Bewegung Usbekistans bei und stellen fest, dass die Wahl der 15 Abgeordneten für die gesetzgebende Kammer Olij Madschlis von der Ökologischen Bewegung Usbekistans rechtmäßig ablief.

[...]

Die GUS-Beobachtermission:

- meint, dass die Wahl zur gesetzgebenden Kammer Olij Madschlis der Republik Usbekistan vom 27. Dezember 2009 gemäß der Verfassung der Republik Usbekistans durchgeführt wurde. Sie entsprach dem staatlichen Wahlgesetz und den allgemeinen Normen der Durchführung von demokratischen Wahlen;
- erachtet den Ablauf der Wahlen als frei und transparent;
- hält fest, dass die Wahlen das Niveau der politischen Reife der Zivilgesellschaft gezeigt haben, die freie Willensäußerung der Wähler garantierten sowie die Basis der staatlichen Souveränität und die demokratischen Grundsätze der Republik Usbekistan stärkten.

Inoffizielle Übersetzung aus dem Russischen von Henryk Alff und Claudia Schlag

Chronik

Vom 12. Dezember 2009 bis zum 22. Januar 2010

Kasachstan

12.12.2009	In Thailand wird ein mit 40 t Waffen beladendes Flugzeug auf dem Weg von Nordkorea in den Nahen Osten beschlagnahmt und die kasachstanische Besatzung festgenommen. Ein Vertreter des Transportministeriums in Astana erklärt, dass das Flugzeug vor einem Jahr an eine georgische Fluggesellschaft verkauft worden sei, die es wiederum an ein ukrainisches Unternehmen geleast haben will.
12.12.2009	Im Rahmen des Arbeitsbesuchs des chinesischen Präsidenten Hu Jintao in Astana werden mehrere Abkommen unterzeichnet. Unter anderem werden von der Export-Import Bank of China Mittel in Höhe von 5 Mrd. US-Dollar vor allem für Projekte im Metallurgie-Bereich Kasachstans zugesagt. Weitere 3,5 Mrd. US-Dollar erhält Astana für die Gründung von gemeinsamen Unternehmen außerhalb des Ressourcensektors.
14.12.2009	Präsident Nursultan Nasarbajew nimmt gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus den anderen beteiligten Staaten an der Einweihung der Gaspipeline Turkmenistan-Uzbekistan-Kasachstan-China teil.
14.12.2009	Ein Gebietsgericht in Schambyl weist die Berufung gegen das Urteil gegen den ehemaligen Chefredakteur der oppositionellen Zeitung Alma Ata Info, Ramasan Jesergepow, zurück.
14.12.2009	Das von einem türkischen Unternehmen neu errichtete Terminal des Flughafens von Aktau, Gebiet Mangystau, wird wegen erheblicher baulicher Mängel geschlossen.
14.12.2009	Der iranische Handelsminister Mehdi Hasanfari trifft in Astana zu Gesprächen mit Premierminister Karim Massimow zusammen.
15.12.2009	Das Urteil gegen Ex-Umweltminister Nurlan Iskakow wird von einem städtischen Gericht in Astana bestätigt. Iskakow war im Oktober wegen Hinterziehung von Haushaltsgeldern zu vier Jahren Haft verurteilt worden.
15.12.2009	Nach Angaben von Kazatomprom-Chef Wladimir Schkolnik belief sich die Uranförderung des Jahres 2009 auf 13.500t, und war damit um 58 % höher als im Vorjahr.
16.12.2009	Der bekannte kirgisische Journalist Gennadij Pawljuk wird nach einem Sturz aus dem sechsten Obergeschoss eines Hauses in Almaty schwer verletzt aufgefunden. Die Umstände sprechen für ein Gewaltverbrechen.
16.12.2009	Mehrere Parteien und Bewegungen führen am Tag der Unabhängigkeit im Zentrum Almatys eine Gedenkveranstaltung zu Ehren der Opfer der Demonstrationen im Dezember 1986 durch.
16.12.2009	Als erste kasachstanische Bank erreicht die Alliance Bank mit ihren Gläubigern eine Übereinkunft über die Restrukturierung ihrer Schulden in Höhe von 677 Mrd. Tenge (4,5 Mrd. US-Dollar).
19.12.2009	Auf einem informellen Gipfeltreffen der GUS-Staaten nahe Almaty erklären die Präsidenten von Russland, Belarus und Kasachstan die Absicht, bis Januar 2012 einen gemeinsamen Wirtschaftsraum einzurichten. Eine Zollunion tritt bereits im Januar 2010 in Kraft.
20.12.2009	Das Betreiberunternehmen der Pipeline Tengiz-Noworossijsk kündigt für Januar 2010 den Beginn von Arbeiten zur Erhöhung ihrer Kapazität an.
22.12.2009	Präsident Nasarbajew erklärt bei einem Treffen mit dem diplomatischen Corps, dass die tiefen Temperaturen im winterlichen Astana zu einer hohen Lebenserwartung beitragen.
22.12.2009	In Astana beginnen die Anhörungen zum Fall des Ex-Kazatomprom-Chefs Mughtar Dschakijew.
22.12.2009	Der kirgisische Journalist Gennadij Pawljuk erliegt in einem Krankenhaus in Almaty seinen Verletzungen. Nach Angaben der Polizei war er bei dem Sturz aus dem Fenster an Armen und Beinen gefesselt.
22.12.2009	Präsident Nasarbajew zieht ein positives Fazit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes im Jahr 2009. Eine Rezession sei vermieden worden, 2010 sei wieder mit Wachstum zu rechnen.
23.12.2009	Im Gebiet Ostkasachstan werden mehr als 250 Menschen aus ihren vom Schnee eingeschlossenen Fahrzeugen gerettet, eine Person stirbt an Unterkühlung. Im Norden und Osten Kasachstans sorgen Temperaturen von unter -30 Grad und Schneestürme für erhebliche Verkehrseinschränkungen.
24.12.2009	Präsident Nasarbajew erklärt bei einem Treffen mit Journalisten seinen Willen, aus dem kasachstanischen Gesundheitssystem ein ähnliches Markenzeichen zu machen, wie das kubanische.
24.12.2009	Die Untersuchungshaft des für die technische Umsetzung eines Brückenneubaus in Atyrau verantwortlichen Ingenieurs wird verlängert. Im September waren beim Einsturz der Brücke acht Bauarbeiter getötet worden.

25.12.2009	Verteidigungsminister Adilbek Dschaksybekow reist zu einem Arbeitsbesuch nach Beijing. Auf dem Programm stehen Gespräche über gemeinsame Manöver.
25.12.2009	Präsident Nasarbajew ruft Kritiker seiner Doktrin der nationalen Einheit zum Dialog auf.
27.12.2009	Auf Satellitenaufnahmen, die von der russischen Lukoil in Auftrag gegeben wurden, werden starke Verschmutzungen des nördlichen Kaspischen Meeres mit Erdölrückständen festgestellt.
28.12.2009	Die Agentur IA Nowosti-Kasachstan berichtet, dass Sajat Schulembajew, Mitarbeiter des unabhängigen Videoportals stan.kz, ermordet in seiner Wohnung aufgefunden wurde.
30.12.2009	Premierminister Massimow zieht auf einer Pressekonferenz eine unerwartet positive Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes: Im Jahr 2009 hätten das BIP-Wachstum trotz Krise bei 0,5 bis 1 % und die Arbeitslosigkeit stabil bei 6,5 % gelegen.
30.12.2009	Das Außenministerium dementiert Berichte der Agentur Associated Press über die geheime Lieferung von 1.350t gereinigtem Uran von Kasachstan nach Iran.
30.12.2009	An der Ermordung von Gennadij Pawljuk sollen nach inoffiziellen Angaben aus dem Innenministerium Beamte des kirgisischen Geheimdienstes beteiligt gewesen sein.
31.12.2009	Mit einer Regierungsverordnung werden die Renten ab Januar 2010 um 25 % angehoben.
1.1.2010	Kasachstan übernimmt als erster Nachfolgestaat der UdSSR den Vorsitz der OSZE.
5.1.2010	Der Staatskonzern Kazakhmys erhält über den Nationalfonds SamrukKazyna einen Kredit in Höhe von 2,7 Mrd. US-Dollar von der chinesischen Entwicklungsbank zur Produktion von Kupfer für den chinesischen Markt.
5.1.2010	Das Komitee des UN-Sicherheitsrates für Sanktionen gegen Nordkorea prüft derzeit, ob es sich bei der erfolgten Ausfuhr von Waffen an Bord eines in Thailand beschlagnahmten Flugzeugs um einen Verstoß gegen UN-Bestimmungen handelt. Über die Rückkehr der kasachstanischen Besatzung des Flugzeugs entscheiden derzeit die thailändischen Behörden, heißt es aus dem kasachstanischen Innenministerium.
6.1.2010	Die Nationalbank hat 10 Mio. Sonder-Banknoten im Wert von 1.000 Tenge (ca. 6,50 US-Dollar) herausgegeben, die dem OSZE-Vorsitz Kasachstans gewidmet sind.
9.1.2010	Zum wiederholten Male in diesem Winter werde die Ausfallstraßen einiger Städte in Nordkasachstan, darunter Astanas, aufgrund von Schneestürmen und niedrigen Temperaturen für den Autoverkehr gesperrt.
11.1.2010	Außenminister Kanat Saudabajew reist zu einem offiziellen Besuch nach Österreich. Neben bilateralen Treffen wird Saudabajew auch bei einem OSZE-Gipfel die Zielsetzungen des diesjährigen Vorsitzes seines Landes in der Organisation vorstellen.
11.1.2010	IA Nowosti-Kasachstan meldet, dass das Durchschnittseinkommen im November 2009 bei 66.890 Tenge (ca. 460 US-Dollar) und damit 6,3 % höher als im Vorjahresmonat lag.
12.1.2010	Kasachstan erwartet in wirtschaftlicher Hinsicht im Jahr 2010 einen Übergang zu allmählich wieder ansteigenden Wachstumsraten aufgrund steigender Rohstoffpreise, meldet Business New Europe.
13.1.2010	Das Parlament ratifiziert das Abkommen über die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe im Rahmen der CSTO.
13.1.2010	Die Piloten des in Thailand beschlagnahmten Flugzeugs wenden sich in einem Brief an Präsident Nasarbajew. Im Falle einer Verurteilung wegen illegalen Waffenhandels droht ihnen in Thailand eine langjährige Haft- oder sogar die Todesstrafe.
14.1.2010	In einer Videobotschaft stellt Präsident Nasarbajew die Devise der vier »T« (Trust, Tradition, Transparency, Tolerance) für den kasachstanischen OSZE-Vorsitz vor. Als wichtige Prioritäten nennt Außenminister Saudabajew die Durchführung eines OSZE-Gipfels in Astana und Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage in Afghanistan.
14.1.2010	Die österreichische Zeitung Der Standard meldet, dass sich Außenminister Saudabajew Anfang Januar heimlich mit dem Ex-Schwiegersohn und jetzigem Gegner Präsident Nasarbajews, Rachat Schoras (früher Alijew), getroffen haben soll, um ein Stillhalteabkommen für die Zeit des OSZE-Vorsitz Kasachstans auszuhandeln. Offizielle Kreise in Kasachstan bestreiten das Treffen.
14.1.2010	Katastrophenschutzminister Wladimir Boschko erklärt, dass der Koksaray-Staudamm am Unterlauf des Syr Darja zum 1.2.2010 fertig gestellt sein wird. Mit dem Staudamm soll im Winter von Kirgistan abgelassenes Wasser zurückgehalten werden, um Überschwemmungen flussabwärts zu vermeiden.
15.1.2010	Die in Schymkent tagende zwischenstaatliche koordinierende Wasser-Kommission für Zentralasien konnte bisher zu keinem Ergebnis über die Wassernutzung im Frühjahr 2010 kommen.

17.1.2010	Das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill, reist zu einem Besuch nach Astana und Almaty. Bei einem Treffen mit Gläubigen äußert er die fragwürdige These, dass das nicht tugendhafte Leben der Haitianer zum großen Leid nach dem Erdbeben der vorangegangenen Woche geführt habe.
18.1.2010	Arbeitsministerin Gulschara Abdykalikowa erklärt während einer Anhörung im Parlament, dass für das Jahr 2010 die Schaffung von ca. 200.000 neuen Arbeitsplätzen geplant sei.
18.1.2010	In mehreren Regionen des Landes sinken die Temperaturen auf die niedrigsten Werte seit 40 Jahren. In der Stadt Karaganda lag die Temperatur bei -35 Grad. Im Gebiet Ostkasachstan werden Werte zwischen -38 und -43 Grad gemessen.
19.1.2010	Experten rechnen mit einem neuen Anstieg der Immobilienpreise in Kasachstan ab dem Frühjahr 2010, meldet Business New Europe. Viele Projekte des anteiligen Wohnungsbaus wurden im vergangenen Jahr auf Staatskosten fertig gestellt.
19.1.2010	Die zweite Tochter von Präsident Nursultan Nasarbajew, Dinara Kulibajewa, erwirbt in der Nähe von Genf ein Grundstück im Wert von 74,7 Mio. Franken (51,6 Mio. Euro).
19.1.2010	Die kasachstanischen Behörden senden eine Klageschrift zur Einleitung eines Verfahrens gegen Rachat Schoras (früher Alijew) wegen Beteiligung an Folter und der Ermordung an seiner früheren Geliebten Anastasija Nowikowa nach Wien, meldet RIA Nowosti.
20.1.2010	Im Nato-Hauptquartier in Brüssel wird die zweite Phase der Zusammenarbeit zwischen Kasachstan und dem transatlantischen Bündnis verabschiedet.
20.1.2010	Der deutsche Botschafter in Kasachstan, Rainer Eugen Schlageter, erklärt auf einer Pressekonferenz zur Eröffnung des Deutschland-Jahres in Kasachstan das deutsche Interesse an einer Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
22.1.2010	Die Leitung des Videoportals stan.kz erklärt, dass unter dem Deckmantel der Aufklärung der Ermordung seines Reporters Sajat Schulembajew Ende Dezember, Mitarbeiter von Sicherheitsorganen im Büro nach Informationen über die Tätigkeit des Portals spioniert hätten.
22.1.2010	Der Ex-Kazatomprom-Chef Dschakijew zugewiesene Verteidiger Bolat Isatajew weigert sich nach Auseinandersetzungen, mit Angehörigen des Beschuldigten zu sprechen, meldet KazTAG.

Kirgistan

13.12.2009	Präsident Kurmanbek Bakijew ernennt den 1. Vizepremier, Akylbek Dschaparow, zugleich zum Sonderbeauftragten für die EurasEC und nationalen Koordinator für Angelegenheiten der GUS.
15.12.2009	Eine russische Militärbasis in Osch im Ferganatal bringe Russland keinerlei Nutzen, erklärt der Generalsekretär der CSTO, Nikolaj Bordjuscha, auf einer Pressekonferenz in Moskau.
15.12.2009	Kurmataj Abdijew wird zum neuen Justiz-, Bakyt Ergeshevitsch zum neuen Notstandsminister ernannt.
16.12.2009	Premierminister Danijar Usenow empfängt den EBRD-Direktor für Zentralasien, Masaru Honma.
16.12.2009	In einer Rede anlässlich des 85. Jahrestages des Obersten Gerichtes übt Präsident Bakijew deutliche Kritik am Rechtssystem seines Landes. Die Bevölkerung habe mit gutem Grund kein Vertrauen in die Justiz, die von Korruption und Ineffizienz geprägt sei.
16.12.2009	Die nationale Gasgesellschaft hat mit der Überweisung von 3 Mio. US-Dollar ihre Schulden gegenüber Usbekistan vollständig abgezahlt.
17.12.2009	Das Parlament nimmt Gesetzesänderungen über die Lokalverwaltung an, nach denen der Präsident nun die Besetzungskompetenz für die örtlichen Verwaltungschefs hat.
18.12.2009	Finanzminister Marat Sultanow kündigt bei der Vorstellung des Etats für 2010 im Parlament an, dass die Auslandsverschuldung 2010 um 2,85 Mrd. Som (ca. 65,8 Mio. US-Dollar) reduziert werden solle.
18.12.2009	Der Vorstand des Fonds für Entwicklung Kirgistans, einer Abteilung der von Präsidentensohn Maksim Bakijew geführten Zentralagentur für Entwicklung, Investition und Innovation billigt die Entscheidung, das Aktienkapital des staatlichen Goldunternehmens OJSC Kyrgyzalтын, zu verwalten.
21.12.2009	Ein mit Unterstützung der deutschen Botschaft in Bischkek eingerichteter Operationssaal für spezielle Mikrochirurgie wird eröffnet.

22.12.2009	Energieminister Iļjas Dawydow gibt bekannt, dass eine Großsprengung auf der Baustelle des Kambarata-2-Kraftwerkes planmäßig stattgefunden hat.
22.12.2009	Aigul Ryskulowa, Ministerin für Arbeit und Migration, gibt bekannt, dass ein Programm zur freiwilligen Rentenversicherung von Migranten die Arbeit aufgenommen hat.
22.12.2009	Das Bildungsministerium entzieht der OSZE-Akademie in Bischkek wegen zu geringem akademischen Niveaus die Lizenz.
23.12.2009	Der Vorsitzende der oppositionellen Partei Ak-Schumkar, Timur Sarijew, erklärt auf einer Pressekonferenz, dass seine Partei gegen eine Verfassungsänderung sei, die im Bedarfsfall die Übertragung der Macht des Präsidenten auf den Präsidentenrat ermögliche. Dieser sei weder gewählt noch in der Verfassung erwähnt. Der Premierminister oder der Sprecher des Parlamentes seien geeignete Kandidaten.
23.12.2009	Die Partei Ak-Schol bestimmt Zainidin Kurmanow zum neuen Sprecher des Parlamentes. Der bisherige Sprecher, Aitibaj Tagajew, war am 17.12. von Präsident Bakijew zum Gouverneur von Batken ernannt worden.
24.12.2009	In Osch beginnt ein zweitägiges Treffen der tadschikisch-kirgisischen Regierungskommission. Geplant sind Gespräche über zwischenstaatlichen Handel, Energiefragen, die Einrichtung einer Fluglinie Bischkek-Duschanbe-Delhi und Grenzprobleme.
25.12.2009	Ein Gericht in Balykschy verurteilt alle zwölf am Tag der Präsidentenwahl im Juli 2009 wegen illegaler Versammlung Verhafteten zu Freiheitsstrafen von 2-4 Jahren.
28.12.2009	Die beiden Piloten des im August 2008 in der Nähe von Bischkek abgestürzten Flugzeuges werden zu fünfjährigen Haftstrafen verurteilt. Bei dem Unglück waren 65 Menschen ums Leben gekommen.
29.12.2009	Nach fünfjähriger Unterbrechung nimmt die kirgisisch-usbekische Kommission für Grenzdelimitierung die Arbeit wieder auf.
29.12.2009	Bei der Präsentation der gedruckten Ergebnisse der Volkszählung von 2009 wird bekannt, dass die Bevölkerungszahl Kirgistans von 1999 4,825 Mio. auf 2009 5,362 Mio. Menschen gestiegen ist.
30.12.2009	Der frühere Vorsitzende der Staatsagentur für Architektur und Bauwesen, Ischenbaj Kadyrbekow, wird von einem Gericht in Bischkek von dem Vorwurf des Amtsmissbrauchs freigesprochen, wegen nichtrechtmäßiger Verwendung von Staatsgeldern aber zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.
4.1.2009	In Moskau startet eine kostenlose Zeitung für kirgisische Gastarbeiter (Nur reklama, dt. Helle Reklame) mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren.
5.1.2009	Die OSZE erklärt ihre Bereitschaft, die Familie des in Almaty ermordeten kirgisischen Journalisten Gennadij Pawljuk mit einem unabhängigen Rechtsanwalt zu unterstützen.
5.1.2009	Der Führer der Oppositionspartei Ata-Meken, Omurbek Tekebajew, übergibt seine Korrespondenz mit dem ermordeten Gennadij Pawljuk der Staatsanwaltschaft. Der ermordete Journalist hatte eng mit Ata-Meken zusammengearbeitet. Nach den Worten Tekebajews ist der Mord eine Warnung, nicht nur für Ata-Meken, sondern für alle Oppositionellen.
11.1.2010	Der chinesische Vize-Premier Zhang Dejiang erklärt sich bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden der Zentralagentur für Entwicklung, Investitionen und Innovationen, Maksim Bakijew, in Beijing zu engerer Kooperation mit Kirgistan bereit.
11.1.2010	Nach einem Treffen von Präsident Bakijew und Premierminister Danijar Usenow wird bekannt, dass Kirgistan 2010 Gas von Usbekistan für 220 US-Dollar pro m ³ kaufen werde. Bisher war von 250 US-Dollar die Rede gewesen.
11.1.2010	Der ehemalige Verteidigungsminister Ismail Isakow wird von einem Militärgericht in Bischkek zu 8 Jahren Lagerhaft wegen Übergabe seiner Dienstwohnung an die Familie seines Sohnes verurteilt. Oppositionspolitiker und kritische Journalisten bewerten das Urteil als politisch motiviert, Isakow war im Oktober 2008 in die Opposition gegangen.
12.1.2010	In Beijing wird ein Abkommen über den Bau der Datka-Kemin 500 KW Hochspannungsleitung unterzeichnet, mit der ganz Kirgistan ohne Nutzung des gesamtzentralasiatischen Energienetzes mit Strom versorgt werden kann.
12.1.2010	Verschiedene Oppositionsparteien und NGOs starten Protestaktionen gegen die Verurteilung Isakows.
13.1.2010	Nach Angaben russischer Massenmedien haben 2009 mehr als 41.000 kirgisische Staatsbürger die russische Staatsbürgerschaft erhalten.

13.1.2010	Beim Notstandsministerium wird eine Agentur für Nuklear- und Strahlungssicherheit eingerichtet, die u. a. die aus der Sowjetzeit stammenden Uranstaubdeposits beaufsichtigen soll.
14.1.2010	Eine Blockade der Überlandstraße, die Osch mit China und Tadschikistan verbindet, durch Anhänger des verurteilten ehemaligen Verteidigungsministers Isakow wird von der Polizei gewaltsam beendet.
15.1.2010	Der Pressedienst des Innenministeriums teilt mit, dass im Falle des im Oktober 2007 ermordeten Journalisten Alisher Saipow in Tadschikistan ein zweiter Verdächtiger verhaftet worden sei. Bereits im Februar 2008 war in Batken ein Tatverdächtiger festgenommen worden, Zweifel an seiner Alleintäterschaft waren aber nie ausgeräumt worden.
15.1.2010	Maksim Bakijew erklärt seine Chinareise für erfolgreich, weil die dort geschlossenen Abkommen die Energie- und Nahrungsmittelsicherheit des Landes stärken.
15.1.2010	Der deutsche Botschafter in Kirgistan, Holger Green, übergibt im Namen der deutschen Regierung humanitäre Hilfsgüter im Wert von 600.000 Euro an Gesundheitsminister Marat Mambetow.
17.1.2009	Nach heftigen Schneefällen sind mehrere wichtige Pässe, die die Landesteile miteinander verbinden, durch bis zu 3 m hohe Schneemassen unpassierbar.
17.1.2009	Energieminister Dawydow unterzeichnet in Abu Dhabi das Beitrittsabkommen zur Internationalen Energie-Agentur IRENA.
18.1.2010	Die Protestaktionen gegen die Verurteilung des ehemaligen Verteidigungsministers Isakow in seinem Heimatort im Gebiet Osch sowie ein Hungerstreik in Bischkek werden ununterbrochen fortgesetzt.
18.1.2010	Bei einer Pressekonferenz wird bekannt gegeben, dass die oppositionellen Bewegungen zur Rettung Kirgistans und Eldik Kenesch sich zusammengeschlossen haben. Hauptziel sei die Rückkehr zur Verfassung von 1993.
18.1.2010	Die Nachrichtenagentur 24.kg meldet, dass am Wochenende bei einem Schusswechsel zwischen kirgisischen und usbekischen Grenzsoldaten ein kirgisischer Grenzer verletzt wurde.
20.1.2010	Präsident Bakijew empfängt den russischen stellvertretenden Premierminister Igor Schuwalow zu Gesprächen, u. a. über eine Intensivierung der ökonomischen und humanitären Zusammenarbeit.
20.1.2010	Der verurteilte ehemalige Verteidigungsminister Isakow lässt über seinen Anwalt Asimbek Beknasarow seinen Unterstützern danken, fordert sie aber auf, ihren Hungerstreik abzubrechen.
21.1.2010	Das Verfassungsgericht billigt mehrere von Präsident Bakijew vorgeschlagene Verfassungsänderungen, deren Rechtmäßigkeit von der Opposition bezweifelt worden war.
21.1.2010	Das Parlament billigt gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten den Entwurf eines Gesetzes für eine einheitliche freiwillige Steuererklärung der Bürger ab 2010.
21.1.2010	Das Urteil vom 30.12.2009 gegen den ehemaligen Vorsitzenden der Staatsagentur für Architektur und Bauwesen wird aufgehoben.
21.1.2010	Die EU fordert in einer offiziellen Erklärung die kirgisischen und kasachstanischen Strafverfolgungsbehörden zur rückhaltlosen Aufklärung des Mordes an Gennadij Pawljuk auf und äußert ihre Besorgnis über die Lage von Journalisten in Kirgistan.
22.1.2010	Die ehemalige Außenministerin und jetzige Oppositionsabgeordnete Rosa Otunbajewa kritisiert vor Journalisten, dass die USA keine eindeutige Haltung gegenüber Menschenrechtsverletzungen in Kirgistan (und ganz Zentralasien) einnehmen.

Tadschikistan

14.12.2009	Präsident Emomali Rachmon setzt das Datum für die nächsten regulären Parlamentswahlen auf den 28.2.2010 fest.
14.12.2009	Ein Sprecher der nationalen Energiegesellschaft Barq-i Tojik erklärt in einem Interview mit Asia-Plus, dass keine Energierationierung in großen Städten geplant sei.
14.12.2009	Wegen des Energiemangels in den Schulen werden die Winterferien verlängert und die Sommerferien entsprechend verkürzt, teilt das Bildungsministerium mit.
16.12.2009	UNDP und das Ministerium für Entwicklung und Handel unterzeichnen Abkommen zur Armutsreduzierung und Nahrungsmittelsicherung bis 2015 im Wert von insgesamt mehr als 447 Mio. US-Dollar.

16.12.2009	Die untere Kammer des Parlamentes beschließt eine Gesetzesänderung, nach der PKW mit getönten Scheiben gegen eine Gebühr von 500 US-Dollar zugelassen werden können. Man erhofft sich so Einnahmen in Höhe von 10 Mio. US-Dollar.
16.12.2009	In seiner Rede vor der Weltklimakonferenz in Kopenhagen unterstützt Präsident Rachmon die Grundprinzipien eines neuen Abkommens und fordert die Schaffung einer internationalen Stiftung zur Rettung der Gletscher Zentralasiens.
18.12.2009	In einem Interview mit Asia-Plus drückt der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Tadschikistans, Rachmatullo Zoirow, sein Misstrauen gegenüber Wahlbeobachtern aus der GUS und der SCO aus, ihre Beobachtung sei nicht nötig.
21.12.2009	Die Generalstaatsanwälte von Tadschikistan und Russland, Bobodschon Bobochonow und Jurij Tschaika, unterzeichnen ein neues Kooperationsabkommen beider Behörden, das das bisherige von 1995 ersetzen soll.
23.12.2009	Verteidigungsminister Scherali Chajrullojew verabredet während eines offiziellen Pakistanbesuches mit seinem Amtskollegen Chaudhry Ahmad Mukhtar eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Verteidigung.
25.12.2009	Eine Delegation der russischen Regierungspartei Jedinaja Rossija (Einiges Russland) trifft in Duschanbe zu Gesprächen über eine engere Zusammenarbeit mit der tadschikischen Regierungspartei PDPT ein.
26.12.2009	Auf dem Parteitag der regierenden PDPT wird Präsident Rachmon zum Vorsitzenden wiedergewählt. Die Partei feiert zugleich den 15. Jahrestag ihrer Gründung.
26.12.2009	An der Grenze zu Usbekistan sterben zwei junge Leute beim Feuerholzsammeln durch die Detonation einer usbekischen Anti-Personen-Mine.
29.12.2009	Tojiktransgaz und Uztransgaz unterzeichnen einen Vertrag, nach dem Tadschikistan 2010 250 Mio. m ³ Gas von Usbekistan beziehen wird.
29.12.2009	Präsident Rachmon unterzeichnet ein Dekret, nach dem nur tadschikische Staatsbürger berechtigt sind, Anteile am Rogun-Wasserkraftwerk zu kaufen.
30.12.2009	Anatolij Michejew wird vom russischen Präsidenten Dmitrij Medwedjew zum neuen Chef der russischen Grenztruppen in Tadschikistan ernannt.
30.12.2009	Die private tadschikische Somon Air und die deutsche Hahn Air vereinbaren, dass Hahn Air Tickets von Somon Air verkauft.
30.12.2009	Präsident Rachmon und sein türkischer Amtskollege Abdullah Gül erörtern in einem Telefongespräch den Stand der bilateralen Beziehungen.
2.1.2010	Ein Erdbeben der Stärke 5,1 erschüttert den Kreis Wandsch im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan. Mehrere 10.000 Menschen werden obdachlos, Straßen und Stromleitungen zerstört.
4.1.2010	Während des Staatsbesuches des iranischen Präsidenten Machmud Achmadinedschad werden Abkommen über den Bau von Kraftwerken und Straßen, die Zusammenarbeit in den Bereichen Transport, Energie und Bergbau und die Kooperation von Sicherheitsbehörden unterzeichnet. Präsident Rachmon erklärt, dass sein Land Irans friedliche Nutzung der Kernenergie unterstütze.
4.1.2010	Die untere Kammer des Parlamentes lehnt die Herabsetzung des Rentenalters von 63 auf 60 für Männer und von 58 auf 55 Jahre für Frauen ab.
5.1.2010	Tadschikistan wird im 1. Quartal 90 Mio. m ³ Gas zum Preis von 220 US-Dollar von Usbekistan beziehen.
6.1.2010	Der Verkauf der Aktien für das Rogun-Wasserkraftwerk beginnt.
7.1.2010	Ein Gericht im Gebiet Chatlon verurteilt den tadschikischen Staatsbürger Bojmurod Anorow wegen Spionage für Usbekistan zu 20 Jahren Haft.
8.1.2010	Nach Angaben eines Sprechers von Tojiktransgaz hat Usbekistan am Vortag seine Gaslieferungen um 30 % reduziert. Tadschikistan habe keine Schulden, könne aber die von Usbekistan geforderten Vorauszahlungen nicht aufbringen.
11.1.2010	Die tadschikische Regierung wendet sich an die internationale Gemeinschaft um Hilfe für die Erdbebenopfer im Kreis Wandsch von Berg-Badachschan.
11.1.2010	Nach Angaben von Interfax sind mehrere Websites z. B. centrasia.ru und ariana.su auf Anordnung der Verwaltung gesperrt worden.
12.1.2010	Generalstaatsanwalt Boboschon Bobochonow teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass die Zahl der Straftaten 2009 um 11 % auf 12.408 gestiegen sei.

12.1.2010	Interfax berichtet von Studenten, die für die Zulassung zu Prüfungen Belege über den Kauf von Aktien für das Rogun-Wasserkraftwerkes vorlegen müssen.
12.1.2010	Drei unabhängige Wochenzeitschriften (Nigoh, SSSR, Farazh) haben die Union der unabhängigen Publikationen gegründet, um die Solidarität zwischen Journalisten zu stärken.
13.1.2010	Der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Pierre Morel, trifft zu Gesprächen mit Präsident Rachmon und Außenminister Hamrokhon Zarifi in Duschanbe ein.
13.1.2010	Nach Angaben aus dem Justizministerium sind auf Grund der Amnestie vom 3.11.2009 mehr als 5.000 Personen aus der Haft entlassen worden, darunter 250 Frauen, 42 Minderjährige und 50 Ausländer.
14.1.2010	Die EU stelle 7,75 Mio. Euro zur Verbesserung des Rentensystems und 60 Mio. Euro für die Rekonstruktion des Kairakum Wasserkraftwerkes zur Verfügung, erklärt Pierre Morel vor Journalisten in Duschanbe.
15.1.2010	In Duschanbe findet ein Gespräch über den Stand der Vorbereitung der Parlamentswahlen zwischen dem Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission Tadschikistans, Mirsoali Boltujew, und einer Wahlbeobachtungsdelegation der OSZE statt.
15.1.2010	In einer im Fernsehen übertragenen Rede vor tadschikischen Unternehmern fordert Präsident Rachmon alle außer Landes arbeitenden Bürger auf, ihre Ersparnisse nicht bei ausländischen, sondern tadschikischen Banken anzulegen.
16.1.2009	Der tadschikische Außenhandel ist 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 23,6 % auf ca. 3.6 Mrd. US-Dollar zurückgegangen.
17.1.2009	Ein Bezirksgericht im Norden des Landes verurteilt Nasim Bobodschonow als aktives Mitglied von Hizb ut-Tahrir zu neun Jahren Haft.
18.1.2010	Das staatliche Komitee für Statistik teilt mit, dass das BIP Tadschikistans 2009 um 3,5 % gestiegen sei.
18.1.2010	Außenminister Zarifi äußert sich auf einer Pressekonferenz zufrieden mit dem Stand der kirgisisch-tadschikischen Beziehungen.
19.1.2010	Die OSZE/ODHIR eröffnen offiziell die Mission zur Beobachtung der Parlamentswahlen am 28.2..
20.1.2010	Die Regierung bestätigt die Erhöhung der Energiepreise um 20 % ab 1.1.2010.
20.1.2010	Die Vereinigten Arabischen Emirate liefern Abdurasul Mirsojew, den Bruder des 2006 zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilten Generals Ghaffor Mirsojew, an Tadschikistan aus, wo er wegen Beteiligung an den Verbrechen seines Bruders gesucht wird.
21.1.2010	AsiaPlus meldet, dass Muhiddin Kabiri, der Vorsitzende der oppositionellen Partei der Islamischen Wiedergeburt, in einem Brief an Präsident Rachmon gegen Verletzungen des Wahlgesetzes zum Nachteil seiner Partei protestiert habe.
22.1.2010	Tojtkransgaz teilt mit, dass man sich mit Usbekistan für 2010 auf einen Gaspreis von 231 US-Dollar pro 1000 m ³ Gas geeinigt habe.

Turkmenistan

13.12.2009	Usbekistans Präsident Islam Karimow trifft zu einem zweitägigen Staatsbesuch in Aschchabad ein.
14.12.2009	Bei einem Arbeitsbesuch des chinesischen Staats- und Parteichefs Hu Jintao werden Abkommen u. a. über die Bereitstellung chinesischer Kredite zur Sanierung der turkmenischen Kommunikationsinfrastruktur unterzeichnet.
14.12.2009	In Aschchabad erscheint ein neues, autobiographisches Buch von Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow über die Beziehung von Großvater und Enkel.
15.12.2009	Präsident Berdymuchammedow reist zu einem dreitägigen Staatsbesuch nach Japan.
18.12.2009	Die Organisation Ärzte ohne Grenzen gibt ihre Tätigkeit in Turkmenistan auf. Grund ist nach Angaben des Generaldirektors der Organisation, Frank Dörner, die fehlende Kooperationsbereitschaft der Behörden bei der Durchführung humanitärer Projekte.
21.12.2009	Zum wiederholten Mal in diesem Jahr trifft Präsident Berdymuchammedow mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew zusammen. Es wird vereinbart, die turkmenischen Gaslieferungen nach Russland ab dem kommenden Jahr auf Basis erhöhter Abnehmerpreise wieder aufzunehmen.

21.12.2009	Wie die türkische Zeitung Radikal meldet, haben türkische Archäologen in Merw das Grab des seldschukischen Sultans Alp Arslan entdeckt. Die Armeen des Sultans hatten im Jahr 1071 eine byzantinische Streitmacht geschlagen.
22.12.2009	Der stellvertretende Aufsichtsratschef von Gazprom, Alexandr Medwedjew, erklärt, dass der gemeinsame russisch-turkmenische Bau einer transkaspischen Gaspipeline geplant ist.
25.12.2009	Der einzige Internetprovider des Landes, Turkmentelekom, blockiert das Videoportal YouTube und die Website LiveJournal für Zugriffe in Turkmenistan.
26.12.2009	Bei einer Kabinettsitzung erklärt Premierminister Tuwakmamed Dschaparow, dass die Islamische Entwicklungsbank in Infrastruktur-Projekte in Turkmenistan insgesamt 950 Mio. US-Dollar investieren werde.
29.12.2009	Präsident Berdymuchammedow untersagt – offiziell aus Sicherheitsgründen – Neujahrsfeiern in Restaurants und Cafes.
1.1.2010	In der Neujahrsnacht kommt es in Aschchabad zu einem Erdbeben der Stärke 5. Über Schäden und Opfer wird nichts bekannt.
6.1.2010	Der iranische Präsident Machmud Achmadinedschad trifft zu einem Staatsbesuch in Aschchabad ein. Neben bilateralen Gesprächen nimmt Achmadinedschad an der Einweihung einer neuen Gaspipeline teil.
8.1.2010	Im Rating der amerikanischen Zeitschrift International Living zur Lebensqualität in 194 Staaten belegt Turkmenistan den 161. und damit letzten Rang unter den GUS-Staaten.
9.1.2010	Turkmenistan hat die Gaslieferungen nach Russland, die im April 2009 aufgrund einer Explosion und späteren Verhandlungen unterbrochen worden waren, wieder aufgenommen, meldet RIA Nowosti.
12.1.2010	Nach vorläufigen Angaben der Organisation Freedom House rangiert Turkmenistan neben Usbekistan, Sudan und Nordkorea weiterhin unter den unfreiesten Staaten der Welt.
16.1.2010	Mehrere Minister und Vize-Premierminister werden während einer Kabinettsitzung von Präsident Berdymuchammedow scharf kritisiert, einige werden entlassen.
20.1.2010	Präsident Berdymuchammedow unterschreibt mehrere Dokumente, die es den Behörden des Landes erlauben, Verträge mit der türkischen Baufirma Polymex in Höhe von fast 500 Mio. US-Dollar zu schließen. Geplant sind Sanierungs- und Umbauarbeiten im Zentrum Aschchabads. U. a. soll das bekannte 95 m hohe Neutralitätsdenkmal (mit einer vergoldeten Statue des ehemaligen Präsidenten Saparmurad Nijasow an der Spitze) an den Stadtrand versetzt werden.
22.1.2010	Der Geologe und Ökologe Timur Bekeljew ist nach tagelangen Verhören gezwungen, das Land zu verlassen. Berkeljew könnte nach Aussagen der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial aufgrund von öffentlich gewordenen Informationen über die tatsächlichen, deutlich niedrigeren Erdgasvorräte des Landes verhaftet worden sein.

Usbekistan

13.12.2009	Präsident Islam Karimow trifft zu einem Staatsbesuch in der turkmenischen Hauptstadt Aschchabad ein, wo er mit Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow zusammentrifft.
13.12.2009	Während seines Staatsbesuches in Aschchabad trifft Präsident Karimow mit dem chinesischen Präsident Hu Jintao zu einem Meinungsaustausch über die bilateralen Beziehungen und regionale wie internationale Fragen zusammen.
14.12.2009	Für die Präsidentschaftswahl am 27.12. sind mehr als 250 internationale Wahlbeobachter registriert, teilt die Zentrale Wahlkommission mit.
14.12.2009	Ferghana.ru meldet, dass der Vorsitzende der oppositionellen Bewegung Birdamlik (Solidarität), Bachodir Tschorijew, der erst im Oktober aus dem Exil in den USA zurück gekehrt war, des Landes verwiesen wurde.
15.12.2009	Nach Angaben des Generalsekretärs der CSTO, Nikolaj Bordjuscha, beteiligt sich Usbekistan aktiv an der Schaffung von Schnellen Eingreiftruppen der Organisation, hat das entsprechende Abkommen aber nach wie vor nicht unterzeichnet.
15.12.2009	Präsident Karimow zeigt sich bei einer Ortsbesichtigung äußerst verärgert über die Umgestaltung des Amir-Timur-Platzes im Zentrum von Taschkent. Er habe nur die Fällung einiger Bäume auf einer Seite des Platzes angeordnet. Die Fällung aller Bäume und komplette Neugestaltung des Platzes beruhe auf dem Übereifer von Beamten.
16.12.2009	Es wird bekannt, dass die Schweiz sich bereit erklärt hat einen Guantanamo-Häftling usbekischer Nationalität aufzunehmen.

17.12.2009	Außenminister Wladimir Norow trifft in Washington zu Gesprächen vor allem über die Situation in Afghanistan mit hochrangigen Vertretern der amerikanischen Regierung ein.
17.12.2009	Gegen die bekannte Taschkenter Fotografin und Dokumentarfilmerin Umida Achmedowa wird Anklage wegen Verleumdung und Beleidigung erhoben. Die Staatsanwaltschaft sieht in ihrem mit Schweizer Unterstützung herausgegebenen Bildband über das Verhältnis der Geschlechter in Usbekistan die Ehre des usbekischen Volkes verletzt.
18.12.2009	Präsident Karimow nimmt nicht am informellen Gipfel der zentralasiatischen und des russischen Präsidenten in Almaty teil.
21.12.2009	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft zu Gesprächen zur Vorbereitung des nächsten usbekisch-russischen Gipfeltreffens in Taschkent ein.
21.12.2009	Im Astronomischen Institut der Usbekischen Akademie der Wissenschaften wird das erste Museum für Astronomie in Zentralasien eröffnet.
22.12.2009	Kurz vor den Parlamentswahlen werden von verschiedenen kritischen Beobachtern scharfe Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der kandidierenden vier Parteien gemeldet.
22.12.2009	Präsident Karimow unterzeichnet eine Reihe von Ergänzungen der Gesetze zum Schutz von Minderjährigen, insbesondere werden die Strafen für Kinderarbeit erhöht.
23.12.2009	In Taschkent beginnen die Verhandlungen über die usbekischen Gaslieferungen nach Tadschikistan im Jahr 2010.
27.12.2009	Im ganzen Land finden Wahlen für die untere Kammer des Parlamentes statt.
28.12.2009	Nach Angaben des Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Mirsa-Ulugbek Abdusalomow, wurden 96 der 135 zu wählenden Parlamentsabgeordnete im ersten Wahlgang gewählt, bei 39 ist ein weiterer Wahlgang erforderlich.
29.12.2009	Nach fünfjähriger Unterbrechung nimmt die gemeinsame Regierungskommission für kirgisisch-usbekische Kooperation ihre Arbeit wieder auf. Gesprächsthemen sollen u. a. eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wasserenergie und humanitäre Fragen sein.
28.12.2009	In Moskau wird ein Vertrag mit Gazprom unterzeichnet, nach dem die russische Staatsfirma 2010 von Usbekistan 15,5 Billionen m ³ Gas von Russland kauft. Das sind 4,25 Billionen m ³ mehr als im Vorjahr.
30.12.2009	Die Zentrale Wahlkommission setzt den Termin für den 2. Wahlgang der Parlamentswahl auf den 10.1.2010 fest.
30.12.2009	Präsident Karimow ernennt Safar Rosijew zum neuen Minister für Landwirtschaft und Wasserressourcen.
1.1.2010	Eine Umorganisation des Rentensystems tritt in Kraft. Der Rentenfond untersteht nun dem Finanzministerium und nicht mehr wie bisher dem für Arbeit und Soziales.
1.1.2010	Die Steuer für Benzin, Diesel und Gas für Privatpersonen steigt von 120 auf 145 Sum (von 0,08 auf 0,09 US-Dollar) pro Liter.
6.1.2010	Die staatlichen Informationsagenturen publizieren eine Liste der Mindestpreise für alkoholische Getränke (außer Bier) und der Strafen bei Verstößen.
6.1.2010	Nach Angaben des Moskauer Büros für Menschenrechte waren im Jahr 2009 Usbeken die am meisten von radikalen russischen Nationalisten bedrohte Nationalität. Es habe 218 Angriffe gegeben, bei denen 75 Usbeken zu Tode kamen, 284 wurden verletzt.
7.1.2010	In Bucharra wird eine neue katholische Kirche eröffnet.
7.1.2010	Mehrere bekannte Journalisten werden von der Staatsanwaltschaft Taschkent vorgeladen und über ihre Auslandskontakte befragt.
8.1.2010	Die Zentrale Wahlkommission setzt die Wahlen für den Senat, das Oberhaus des Parlamentes, auf den 18.–23.1.2010 fest. Die Senatoren werden von den Regional- und Lokalparlamenten in geheimer Wahl bestimmt.
10.1.2010	In 39 Wahlkreisen findet der 2. Wahlgang der Wahlen für das Unterhaus des Parlamentes statt.
12.1.2010	Die Zentrale Wahlkommission gibt die offiziellen Ergebnisse der Parlamentswahl bekannt: 53 Sitze gehen an die Liberaldemokratische Partei, 32 an die Volksdemokratische Partei, 31 an Milli Tiklanisch (Nationale Wiedergeburt) und 19 an Adolat (Gerechtigkeit).
12.1.2010	Unter Teilnahme des Präsidenten und Regierungsmitgliedern wird in Taschkent an Stelle des Denkmals eines sowjetischen Soldaten das Denkmal »Eid auf das Vaterland« feierlich eröffnet.
13.1.2010	Präsident Karimow billigt ein Investitionsabkommen zwischen Usbekistan und Bahrain.

13.1.2010	Nach 17-monatiger Unterbrechung ernannt Präsident Nasarbijew mit Boribaj Scheksembin einen neuen Botschafter Kasachstans in Usbekistan.
13.1.2010	Die in Frankreich lebende bekannte usbekische Menschenrechtlerin Mutabar Tadschibajewa fordert die Weltöffentlichkeit auf, sich für die Anfang Januar von der usbekischen Staatsanwaltschaft vorgeladenen Journalisten zu engagieren.
14.1.2010	Präsident Karimow ernannt Soiddin Husajnow zum neuen Gouverneur von Buchara, Sajfiddin Ismoilov von Dschisak und Niriddin Zajnijew von Kaschkadarja.
18.1.2010	Präsident Karimow empfängt den stellvertretenden russischen Premierminister Igor Schuwalow zu einem Meinungsaustausch über den Stand der bilateralen Beziehungen.
18.1.2010	Die Wahlen zum Oberhaus des Parlamentes, dem Senat, beginnen.
18.1.2010	In Taschkent werden drei Personen bei dem Versuch mehr als 1 kg Heroin zu verkaufen, festgenommen.
19.1.2010	Im russischen Nischnij Nowgorod wird eine Fotoausstellung der in ihrer Heimat im Dezember 2009 angeklagten Fotografin Umida Achmedowa eröffnet.
19.1.2010	Ein Gericht im Gebiet Dschisak verurteilt 2 Angeklagte wegen Menschenhandels nach Kasachstan zu sechseinhalb Jahren Haft.
20.1.2010	Präsident Karimow ernannt den ehemaligen (1994–2003) Außenminister Abdulazziz Kamilow zum ersten Stellvertretenden Außenminister.
20.1.2010	Iran und Usbekistan kommen am Ende des 10. Treffens der iranisch-usbekischen Wirtschaftskommission überein, eine gemeinsame Finanzkammer einzurichten. Daneben werden vom iranischen Finanzminister Mehdi Ghazanfari und dem usbekischen stellvertretenden Premierminister Eljor Ganijew eine Reihe weiterer Abkommen unterzeichnet.
20.1.2010	Die staatliche Eisenbahngesellschaft beginnt mit dem Bau einer 75 km langen Eisenbahnlinie in Afghanistan, die Hayratan mit Mazar-i Sharif verbinden soll.
21.1.2010	Die spanische Zeitung El Pais meldet, dass Gulnara Karimowa, Tochter des Präsidenten, als Botschafterin ihres Landes in Spanien akkreditiert wurde.
22.1.2010	RFE/RL meldet, dass der bekannte Sportjournalist Chairulla Chamidow unter dem Vorwurf der Bildung einer illegalen religiösen Vereinigung verhaftet worden ist.
22.1.2010	Nach wiederholten Meldungen über Folter und Vergewaltigung in usbekischen Haftanstalten fordert Manfred Nowak, UN-Sonderberichterstatter über Folter, eine Untersuchung der Vorwürfe.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment
Redaktionsassistent: Henryk Alff
Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener
Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.
ISSN 1866-2110 © 2010 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14
e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de